

GÖD



DIE JUNGE GÖD

Von Anfang an ein starker Partner für junge Kolleginnen und Kollegen.

+++ AGGRESSION AN SCHULEN +++ VORDIENSTZEITENANRECHNUNG +++

Mit
der ÖBV
durchs
Leben

Schönen Urlaub



... und einen erholsamen Sommer
wünscht Ihre ÖBV!

Tel. 059 808 | www.oebv.com

GESCHÄTZTE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Die Ereignisse der letzten Wochen sorgten für einige innenpolitische Turbulenzen. Dass trotz der Herausforderungen alles in demokratisch geregelten Bahnen verlief, hat verschiedene Ursachen. Großer Dank dafür gebührt zum einen dem Bundespräsidenten: Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen hat durch besonnenes und unaufgeregtes Handeln in diesen Tagen für Stabilität und Orientierung gesorgt. Präsidentin Dr. Brigitte Bierlein – die erste Bundeskanzlerin der Republik – trug durch die rasche Bildung der Übergangsregierung entscheidend zur Stabilität des politischen Systems bei. Bereits als Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs hat sie den Rechtsstaat im Sinne der österreichischen Bundesverfassung fachkundig und unvoreingenommen repräsentiert. Diese hohe Professionalität hat sie auch in ihrer neuen Rolle als Bundeskanzlerin gezeigt. Unsere Bundesverfassung selbst wiederum hat bewiesen, dass sie – überlegt konzipiert und durchdacht – auch in schwierigen Situationen Antworten bereithält, Lösungen beinhaltet und so klare Regeln vorgibt.

Darüber hinaus ist der Öffentliche Dienst seiner Rolle als Garant für Stabilität, Kontinuität und Sicherheit wieder einmal gerecht geworden. Unsere bestens ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen haben unser Land als verlässliche Partner auf stabilem Kurs durch diese Tage begleitet und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Staat weiter gestärkt. Oder um eine Passage aus einem in der „Kleinen Zeitung“ unter dem Titel „Lob des Beamten“ erschienenen Beitrag zu zitieren: „Ohne die Beamten läuft im Rechtsstaat nichts. Sie sind kein anachronistisches Relikt, sondern die fleischgewordene Garantie der verfassungsmäßig verbürgten Legalität.“

Schon aus diesem Grund bin ich überzeugt, dass die nun ausgewählten Ministerinnen und Minister ihre neue Aufgabe gut bewältigen werden. Sie alle sind ja Verwaltungsprofis. Das Regierungsteam weiß um die große Bedeutung eines funktionierenden Öffentlichen Dienstes Bescheid. Und eines kann ich schon jetzt mit Sicherheit zusagen: Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ist gerne bereit, die bevorstehenden Herausforderungen in sozialpartnerschaftlicher Manier mit der neuen Bundesregierung gemeinsam zu lösen.

Einen erholsamen Sommer wünscht



NORBERT SCHNEDL
Vorsitzender



GÖD-CARD	22
KOLUMNE	23
RECHT	36
STARK. WEIBLICH.	39
SOCIAL MEDIA	40
BVA	41
BV 22 PENSIONISTEN.	42
GÖD-HOTELS.	46
BV 2 WIRTSCHAFTSVERWALTUNG.	48
PANORAMA.	49

INHEFT

Die GÖD-Leistungen



Seit 1990 hat die GÖD **2278** Familien mit Kindern mit Behinderung einen behindertengerechten Urlaub mit Sozialberatung ermöglicht.

Impressum

„GÖD – Der öffentliche Dienst aktuell“ ist das Mitglieder-
magazin der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und er-
scheint im 74. Jahrgang. Herausgeber: Gewerkschaft
Öffentlicher Dienst, Dr. Norbert Schnedl. Medieninhaber:
GÖD Wirtschaftsbetriebe GmbH, A-1010 Wien, Teinfalt-
straße 7. Chefredakteur: Otto Aiglsperger, A-1010 Wien,
Teinfaltstraße 7, Tel.: 01/534 54, Internet: www.goed.at,
E-Mail: presse@goed.at. Konzeption, Redaktion und
Grafik: Modern Times Media VerlagsgesmbH, A-1030
Wien, Lagergasse 6. Verlagsleitung: Dr. Michaela Baum-
gartner, Chefin vom Dienst: Mag. Laura Ari, Art-Direktion:
Ingrid Olbrich. Grafik: Marion Leodolter. Hersteller:
Druckerei Berger, A-3580 Horn, Wiener Straße 80. Ver-
lagsort: Wien. Herstellungsort: Horn. DVR-Nr.: 0046655.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die
Meinung der Autorin bzw. des Autors dar, die sich nicht
mit der Meinung der GÖD decken muss.
Das GÖD-Magazin ist Teil der APA DeFacto-Medien- und
Fachdatenbank. Die Artikel sind digital im APA Medien-
archiv mit derzeit mehr als 900 Medien und rund 140 Mil-
lionen Dokumenten für JournalistInnen, ManagerInnen,
PolitikerInnen und ExpertInnen abrufbar.



COVERFOTO: ANDI BRUCKNER • O. LYPJA/GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO



8

Titelgeschichte

Die Junge GÖD

Im Berufsleben junger Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst ist der Bereich „Junge GÖD“ der beste Partner. „GÖD aktuell“ interviewte Lehrlinge der Finanzverwaltung Wien-Mitte, der Straßenmeisterei Eggenburg und der Österreichischen Bundesgärten.

36

Haben sich Name oder Adresse geändert?

Auf der GÖD-Website www.goed.at im Mitgliederbereich bitte unter „Daten ändern“ die zu ändernden Daten bekanntgeben. Gerne nimmt auch die GÖD-Mitgliederverwaltung die Änderungen vor. Bitte entweder telefonisch unter 01/53 454-139 DW oder per E-Mail an: mitgliederverwaltung@goed.at.



EUROPAWAHL 6

Die Ergebnisse

Die Mandatsverteilung im EU-Parlament, Analyse des FAZ-Korrespondenten aus Brüssel.

AKTUELL 24

Aggression an Schulen

Die Vorfälle an Österreichs Schulen spiegeln die Ergebnisse der Belastungsstudien der GÖD wider: Das Support-Personal muss aufgestockt werden!

KOMMENTAR SCHÜLER 28

Soziale Kompetenz stärken

Schülerunion-Bundesobmann fordert präventives Handeln statt Abstrafung.

KOMMENTAR LEHRER 30

Gedanken eines Lehrers

Der Vorsitzende der AHS-Gewerkschaft schlägt konkrete Maßnahmen vor.

BUNDESGLEICHBEHANDLUNG 32

Gegen Diskriminierung

Die Bundes-Gleichbehandlungskommission sorgt für die Einhaltung der Gleichbehandlung im Bundesdienst.

RECHT 34

Vordienstzeitenanrechnung

Besoldungsreform 2015 und der Europäische Gerichtshof.



28

24

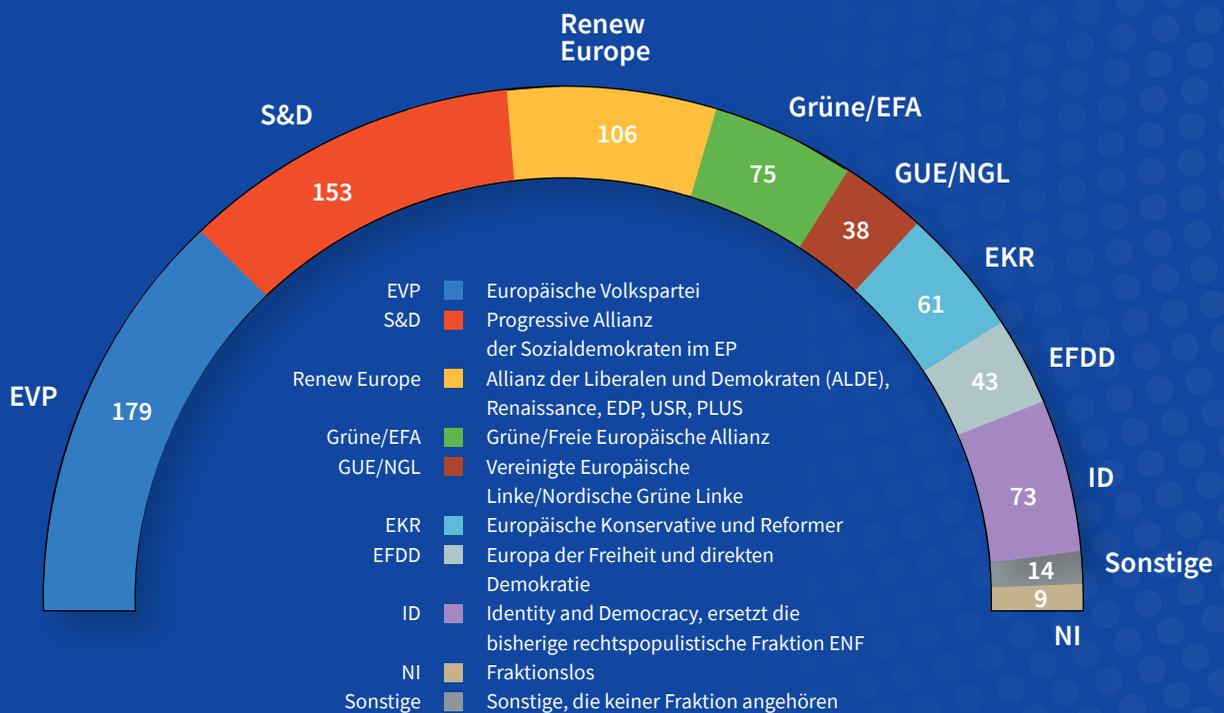


QUELLE: BMI BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES 2019; HTTPS://WAHL19.BMI.GVAT, WWW.EUROPAWAHL.EU/WAHLERGEBNIS (14. 6. 2019); GRAFIK: APA, QUELLE: EU-PARLAMENT / FOTOS: VANIATKA, VLADYSTOCK/ISTOCK/GETTY IMAGES PLUS

EUROPAWAHL 2019

Sitze im EU-Parlament – Prognose¹

Insgesamt 751 Sitze



Zusammensetzung des Europäischen Parlaments auf Grundlage verfügbarer nationaler Ergebnisse.

¹ Hochrechnung 14. 6. 2019, Quelle: www.europawahl.eu/wahlergebnis. Nach dem Brexit soll die Anzahl der Abgeordneten von 751 auf 705 sinken.

Die im Durchschnitt der 28 EU-Staaten bei der Europawahl gegenüber 2014 um acht Prozentpunkte auf etwas über 50 Prozent gestiegene Wahlbeteiligung wurde vielfach als Zeichen für eine „lebendige europäische Demokratie“ gefeiert.

VON MICHAEL STABENOW

48 Stunden lang hielt die Freude der traditionellen europäischen Parteienfamilien an. Ebenso herrschte Erleichterung darüber, dass sich der Aufstieg rechtspopulistischer und nationalistischer Kräfte in Grenzen gehalten hat. Natürlich gab es Ausnahmen wie in Italien, wo die rechtsnationale Lega von Innenminister Matteo Salvini gut 34 Prozent der Stimmen einheimste. Dennoch existiert weiter eine klare Mehrheit von Abgeordneten, die europafreundlich denkt und die, nicht zuletzt durch ihre Mitentscheidungsrechte bei der EU-Gesetzgebung, auch so handeln will.

Als sich die 28 Staats- und Regierungschefs am Dienstag nach der Wahl in Brüssel trafen, konnte von unbeschwerter Atmosphäre indes keine Rede sein. Belastet wurde sie ausnahmsweise nicht durch den Brexit-Dauerstreit, sondern durch das Tauziehen um die Besetzung mehrerer EU-Spitzenpositionen. Das gilt vor allem für das mächtige Amt des derzeit vom Luxemburger Jean-Claude Juncker besetzten Präsidenten der Europäischen Kommission, die gelegentlich etwas vereinfachend als „Regierung“ Europas bezeichnet wird.

Daneben geht es um die Nachfolge von EU-Ratspräsident Donald Tusk, den künftigen Präsidenten der Europäischen Zentralbank sowie den Posten des EU-Außenbeauftragten. All dies erfordert einen Balanceakt, bei dem politische und geografische Herkunft sowie eine angemessene Vertretung von Frauen zu berücksichtigen sind. Bedauerlich ist, dass der Streit um die Juncker-Nachfolge für böses Blut im Kreis der traditionellen Parteien gesorgt hat. Das 2014 mit der Kür Junckers erstmals erprobte „Spitzenkandidatenmodell“ hat



Der Autor Michael Stabenow ist Korrespondent für die „FAZ“ in Brüssel.

sich durchaus bewährt. Dabei haben die Chefs zwar das Vorschlagsrecht, gewählt wird der Kommissionspräsident aber durch die Mehrheit der Abgeordneten. Mit seinem Versuch, den deutschen Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber, zu diskreditieren und ohne Rücksicht auf Wahlkampf und -ergebnis einen ihm genehmen Anwärter durchzuboxen, hat der sonst das Loblied auf die EU singende französische Präsident Emmanuel Macron der europäischen Sache keinen guten Dienst erwiesen. Zwischen den proeuropäischen Kräften haben sich in einer Zeit, in der sie gegen Populisten verschiedener Couleur zusammenstehen sollten, leider Gräben aufgetan. ●

Wahlergebnis Österreich

Die Mandate der österreichischen Parteien im Europaparlament:

Die ÖVP liegt mit 34,6 Prozent klar an der Spitze. Im Vergleich zur EU-Wahl 2014 weist sie ein Plus von 7,6 Prozent auf – und erhält zwei Mandatsitze mehr. Die SPÖ bleibt mit 23,9 Prozent (–0,2 Prozent) bei fünf Mandaten. Die FPÖ verliert ein Mandat – durch das Wahlergebnis von 17,2 Prozent (–2,5 Prozent). Grüne und NEOS schafften es ins Europaparlament, mit zwei bzw. einem Mandat.

Mandatsverteilung		2019	2014
ÖVP	34,6 %	7	5
SPÖ	23,9 %	5	5
FPÖ	17,2 %	3	4
GRÜNE	14,1 %	2	3
NEOS	8,4 %	1	1





Von Anfang an der richtige Partner

DIE JUNGE GÖD

Den richtigen Lebenspartner muss sich jeder selbst suchen, aber in beruflichen Belangen ist die GÖD jedenfalls vom ersten Tag an der beste Partner an der Seite junger Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst.

Auch im Öffentlichen Dienst ist der Start ins Berufsleben für jeden eine spezielle Herausforderung, sind doch die ersten Jahre meist entscheidend für die weiteren Karrierewege. Neben den beruflichen Weichenstellungen stehen junge Menschen auch privat oft vor existenziellen Fragen – von der Wohnraumschaffung bis hin zur Familienplanung.

Im beruflichen Kontext sorgt der Bereich Junge GÖD mit Vorstandsmitglied und Bereichsleiter Markus Larndorfer sowie GÖD-Jugendsekretärin Verena Strobl für den optimalen Service. Hier bekommen junge GÖD-Mitglieder Infos und Unterstützung zu allen beruflichen Themen. Besonders wichtig ist der GÖD dabei auch die berufliche Weiterbildung ihrer jungen Mitglieder. Mit dem Bildungsförderungsbeitrag leistet die GÖD finanzielle Anreize gerade für junge Mitglieder, sich weiterzubilden. Der Lehrabschluss wird genauso gefördert wie eine Reifepfprüfung im zweiten Bildungsweg oder beispielsweise Sprachkurse.

„An uns kann man sich mit allen beruflichen Fragen und Problemen wenden. Unser großes Netzwerk der GÖD mit Ansprechpersonen in allen Dienststellen ist Garant dafür, dass wir in allen Fällen zu Lösungen beitragen können. Durch eine umfas-

sende Betreuung und berufsgruppenübergreifende Vernetzung geben wir der Jugend eine starke Stimme in der Gewerkschaft“, sagt GÖD-Jugendsekretärin Verena Strobl.

Neben dem Mitglieder-Service liegt ein Schwerpunkt auch in der gewerkschaftlichen Förderung junger Funktionäre und Funktionärinnen in den PV-Gremien. „Dass sich viele junge Menschen in der Personalvertretung und Gewerkschaft engagieren, hat jede Unterstützung verdient. Hier bieten wir gezielt Schulungen, aber auch Vernetzungstreffen an, wo dann auch der Spaß nicht zu kurz kommen darf“, weiß Markus Larndorfer, dessen Weg in der Gewerkschaft einst auch als Jugendvertreter im oberösterreichischen Landesdienst begonnen hat.

Lehrlinge im Öffentlichen Dienst

Junge Menschen können beim Bund derzeit aus 56 Lehrberufen wählen. Die meisten Lehrstellen werden in der Verwaltung als VerwaltungsassistentIn und im technischen Bereich als Straßenerhaltungsfachmann angeboten. Darüber hinaus gibt es aber eine Vielzahl an Berufen, mit denen man im Öffentlichen Dienst oft gar nicht rechnen würde, etwa in den Bereichen Informationstechnologie, Metallbearbeitung, Luftfahrzeugtechnik



Die Jugend erhält eine starke Stimme in der Gewerkschaft – plus berufsübergreifende Vernetzung, Betreuung und Bildung.

oder Vermessungstechnik. Klassische Lehrberufe wie TischlerIn, Koch/Köchin oder KleidermacherIn gibt es genauso wie eine Facharbeiterausbildung in Weinbau-/Kellerwirtschaft. Insgesamt absolvieren 4500 Lehrlinge ihre Berufsausbildung beim Bund bzw. bei den Ländern und ausgegliederten Einrichtungen. Dabei hat sich das Interesse des Dienstgebers an der Ausbildung von Lehrlingen in den letzten 20 Jahren maßgeblich gewandelt, führt Larndorfer aus: „Früher sah der Öffentliche Dienst die Ausbildung von Lehrlingen vor allem als Beitrag gegen Jugendarbeitslosigkeit, da die Privatwirtschaft zu wenige Lehrplätze anbot. Angesichts des Fachkräftemangels heute buhlt die Privatwirtschaft mit tollen Ausbildungspaketen um die Schulabgänger. Und auch der Öffentliche Dienst setzt heute auf die Lehre als Instrument zur nachhaltigen Personalrekrutierung für den Eigenbedarf. Angesichts der demografischen Situation und der bevorstehenden Pensionswelle ein Gebot der Stunde.“ Dass die Zielgruppe der Lehrlinge der GÖD besonders am Herzen liegt, zeigt sie auch mit dem reduzierten Mitgliedsbeitrag von nur 1,10 Euro monatlich, wobei die jungen Mitglieder dafür das volle Servicepaket wie alle anderen Mitglieder geboten bekommen, also auch den Rechtsschutz,

FOTOS: ANDI BRÜCKNER, ANDREI POPOV/GETTY IMAGES/STOCKPHOTO

die Versicherungspakete und die finanziellen Unterstützungen wie beispielsweise den Bildungsförderungsbeitrag.

Gefordert: Jobbörse für Lehrlinge

Die GÖD setzt sich auf allen Ebenen für verbesserte Rahmenbedingungen für Lehrlinge und Auszubildende im Öffentlichen Dienst ein. Verbesserungswürdig hält Markus Larndorfer etwa das Personalmanagement am Ende der Lehrausbildung. „Derzeit verlieren wir oft gute junge Leute, weil nach deren Lehre gerade kein Dienstposten frei ist. Dabei würde man aber an anderer Stelle wen suchen. Wir regen für den Bund daher eine ressortübergreifende Jobbörse für Lehrlinge an, wo man aktiv auf die Lehrlinge zugeht und rechtzeitig weiterführende Einsatzmöglichkeiten entwickelt“, sieht Larndorfer Verbesserungspotenzial. ●



Markus Larndorfer, *Vorstandsmitglied und Bereichsleiter Junge GÖD,* und Verena Strobl, *GÖD-Jugendsekretärin.*

HART, ABER HERZLICH

In der Straßenmeisterei Eggenburg fand ein Lehrlingsaustausch statt. Dass dabei zwei zukünftige Straßenerhaltungsfachfrauen aufeinandertreffen, ist in den 20 Jahren, seitdem es den Lehrberuf in Österreich gibt, eine zusätzliche Besonderheit.

VON MAG. LAURA ARI

Wir in Deutschland müssen erst demonstrieren, bevor es zu Gehaltsverhandlungen kommt“, erzählt Sandy Decker, Auszubildende im dritten Lehrjahr „Straßenwärterin“, wie der Lehrberuf „Straßenerhaltungsfachmann/-frau“ in Deutschland heißt. Die 18-jährige Brandenburgerin absolviert ein Auslandspraktikum in der Straßenmeisterei Eggenburg in Niederösterreich. Möglich gemacht wird dieses durch das „Erasmus+“-Lehrlingsaustauschprogramm, das mittels des Internationalen Fachkräfteaustauschs (IFA) als zentrale Anlaufstelle Auslandspraktika in Österreich organisiert.

Von Brandenburg nach Eggenburg? Der Kontakt entstand über Bruno Engel, Personalvertreter und Bundesvorsitzender im Öffentlichen Baudienst, der im Jänner 2019 an einer Veranstaltung der Fachgewerkschaft der Straßenwärter in Deutschland teilnahm. Bereits im Mai kam Sandy Decker für ihr einmonatiges Praktikum in die Straßenmeisterei Eggenburg. Davor musste sie sich bewerben und gegen drei Mitbewerber durchsetzen. Die Wahl fiel auf Sandy, da sie nicht nur sehr gute Leistungen, sondern auch hohes Interesse und Engagement aufzuweisen hat. Sie ist als Vorsitzende der JAV (Jugend- und Auszubildendenvertretung) die Ansprechpartnerin für alle Auszubildenden im Straßendienst in Brandenburg. Bruno Engel meint dazu: „Mir wurde mitgeteilt, dass uns die Beste

geschickt wurde.“ Sandy Decker: „Ich sehe es als Ehrung, dass ich am Lehrlingsprogramm teilnehmen darf – und schätze die Erfahrungen, die ich hier sammle. Dass ich sehr freundlich aufgenommen wurde, war hilfreich, war doch alles neu, zum Beispiel auch, dass ich so viele KollegInnen habe. In unseren deutschen Straßenmeistereien sind wir nur 20 bis 30 Mitarbeiter pro Meisterei.“ In der Straßenmeisterei Eggenburg sind rund 40 MitarbeiterInnen, inklusive Verwaltung, tätig. Diese Anzahl entspricht auch im Schnitt den anderen Straßenmeistereien Niederösterreichs. Unterschiede zwischen Deutschland und Österreich gäbe es auch bei den Verkehrszeichen. Weiters gibt es in Deutschland keine Dienstposten, Dienstgrade und -einstufungen wie in Österreich. „Man kann sich austauschen – und von den jeweiligen Vorteilen lernen“, nennt Sandy die Vorzüge des Erasmus-Programms. Und Bruno Engel weiter: „Das Handwerk profitiert, und wenn es zwischenmenschlich auch noch eine Bereicherung ist, ist das natürlich ideal.“

Bruno Engel sorgte nicht nur für den Kontakt, sondern auch dafür, dass Sandy Decker während ihres Aufenthalts in Österreich gut untergebracht ist. Denn seine Überlegungen waren, dass Sandy hier nach Dienstschluss, abends und am Wochenende, völlig alleine wäre. So stellte er die Verbindung zum Lehrlingsmädchen Katharina Engelbrecht her.

„Ich schätze die Erfahrungen, die ich hier sammeln darf.“

SANDY DECKER, AZUBI STRASSENWÄRTERIN



Für Sandy Decker (links) und Kati Engelbrecht entstand durch den beruflichen Austausch auch eine Freundschaft.

„Kati“ ist im zweiten Lehrjahr der Ausbildung zur „Straßenerhaltungsfachfrau“ in der Straßenmeisterei Eggenburg. Sie war sofort hellauf begeistert – und ihre Familie nahm die deutsche Kollegin für einen Monat im Hause Engelbrecht auf. Für Sandy war das Auslandspraktikum nicht nur eine beruflich gewinnbringende Erfahrung, sondern auch eine persönliche: Es entstand eine Freundschaft zwischen den beiden Lehrlingsmädchen, und für Sandy als Einzelkind war es etwas Neues und Schönes, mit Katharina, die drei ältere Brüder hat,

FOTOS: ANDI BRUCKNER

und ihren Eltern, wobei die Mutter als Tagesmutter viele Kinder zu Hause betreut, zusammenzuleben.

Gefragte Universalisten

Dass gerade zwei zukünftige „Straßenerhaltungsfachfrauen“ aufeinandertreffen, ist beinahe schon Schicksal. Auf die Frage nach dem Verhältnis von weiblichen zu männlichen Lehrlingen „Straßenerhaltungsfachmann/-frau“ antwortet Dr. Wolfgang Dafert, Leiter der Niederösterreichischen Straßenbauabteilung 1: „Seit 1999, seit-

dem es die genannte Lehre gibt, gab es in gesamt Niederösterreich drei Lehrmädchen, zwei davon in der Straßenbauabteilung Hollabrunn. Von insgesamt 311 ausgebildeten Lehrlingen.“

Pro Lehrgang zum „Straßenerhaltungsfachmann/-frau“, der insgesamt drei Jahre dauert, werden in der Straßenbauabteilung Hollabrunn, worunter sieben Straßenmeistereien, darunter auch die Straßenmeisterei Eggenburg fallen, pro Jahr im Durchschnitt zwei Lehrlinge aufgenommen.

„Für uns ist die Weiterbeschäftigung der Lehrlinge essentiell. Wir nehmen keine Lehrlinge auf, wenn wir in drei bis vier Jahren danach keinen Dienstposten frei haben“, erklärt Wolfgang Dafert die Vorgehensweise der Straßenbauabteilung 1, Niederösterreich. Und weiter: „Daher ist die Chance, nach der Lehre bei uns eine fixe Anstellung zu bekommen, sehr hoch.“ „Wir haben in Niederösterreich eine Übernahmequote von 82 Prozent“, sagt Gewerkschafter Bruno Engel bestätigend. Insgesamt gibt es acht Straßenbauabteilungen in Niederösterreich, jede Bauabteilung zählt sechs bis acht Straßenmeistereien. Die Lehre „Straßenerhaltungsfachmann/-frau“ ist federführend in Niederösterreich 1999 vom Straßendienst in enger Zusammenarbeit mit der Berufsschule entwickelt worden. Bauabteilungsleiter Dafert: „Die große Stärke der Straßenerhaltungsfachleute ist, dass sie keine Spezialisten, sondern Universalisten

sind. Sie besitzen nach dem Lehrabschluss ein breit gefächertes Wissen in den verschiedensten Bereichen, daher weisen sie nicht nur ideale Voraussetzungen für die Tätigkeit im Landesstraßendienst, sondern auch für Kommunen und Bau-firmen auf.“

Was wird getan, damit die bestens ausgebildeten Universalisten im Öffentlichen Dienst bleiben – und nicht in die Privatwirtschaft abwandern? Anton Surböck, leitender Straßenmeister und Ausbilder der Straßenmeisterei Eggenburg, nennt die Weiterbildungsmöglichkeiten an der Dienststelle, Bruno Engel lobt die gute – und vor allem österreichweit gleiche – finanzielle Entlohnung im öffentlichen Bereich, und Wolfgang Dafert das gute Betriebsklima und die persönliche Identifikation mit dem Betrieb. Lehrlinge wie MitarbeiterInnen zeigen sich zufrieden mit den Arbeitsbedingungen und der MitarbeiterInnenführung der Straßenmeisterei. Doch einen Wunsch, der auch zu den Forderungen der Gewerkschaft zählt, ist jener nach einer robu-

steren Ausführung der Arbeitskleidung. Das Material der Hose sei nicht sonderlich stabil und an den Knien bald rissig.

„Wenn mir etwas zu schwer ist, hole ich mir Hilfe.“

KATI ENGELBRECHT,
LEHRLINGSMÄDCHEN
STRASSENERHALTUNGS-
FACHFRAU

Tätigkeiten und Initiativen

Zu den vielen Tätigkeiten zählen unter anderem der Winterdienst, die Grünpflege, der Bau, die Reparatur und die Erhaltung von Straßen, Brücken und Asphalt. „Dazu muss man nicht nur über



Das Messen mit dem Nivelliergerät (links) und das Absichern bzw. „Abkegeln“ (rechts) zählen zu den Inhalten der Lehre.



handwerkliche Fähigkeiten verfügen, sondern auch Fachwissen über chemische und technische Produkte und Materialien sowie über Fahrzeuge und Maschinen aufweisen“, so Dafert über die nötigen Kenntnisse der Straßenerhaltungsfachleute. In Niederösterreich gibt es drei Varianten, um den Grad „StraßenmeisterIn“ zu erlangen: Abschluss einer entsprechenden HTL mit Matura oder eine vierjährige Berufsschule oder abgeschlossene Lehre (Straßenerhaltungsfachmann/-frau oder anderer passender) und anschließend eine zweijährige Werkmeisterschule. Die Bezeichnungen der Schulen können je nach Bundesland etwas variieren.

„Um den Lehrberuf zu präsentieren, veranstalten wir Lehrlingswettbewerbe und Lehrlingsprojekte. Diese finden in den drei Bundesländern, die Straßenerhaltungsfachleute ausbilden, Nieder- und Oberösterreich und die Steiermark statt“, berichtet Bruno Engel über die Initiativen, die er vorantreibt. Insgesamt wurden in den vergangenen zwanzig Jahren, seitdem es den Lehrberuf gibt, 732 Lehrlinge österreichweit ausgebildet. Bruno Engel hat viele davon kennengelernt – seit 43 Jahren ist er in der Straßenmeisterei tätig, mit Juli 2019 wird er sich in die wohlverdiente Pension verabschieden. Selbst wenn es wie in der Straßenbauabteilung Hollabrunn nur zwei weibliche Lehrlinge in zwanzig Jahren gibt, wird die Infrastruktur in der Straßenmeisterei für Frauen geschaffen. „Vielleicht ist die Umgangssprache im Baudienst, als

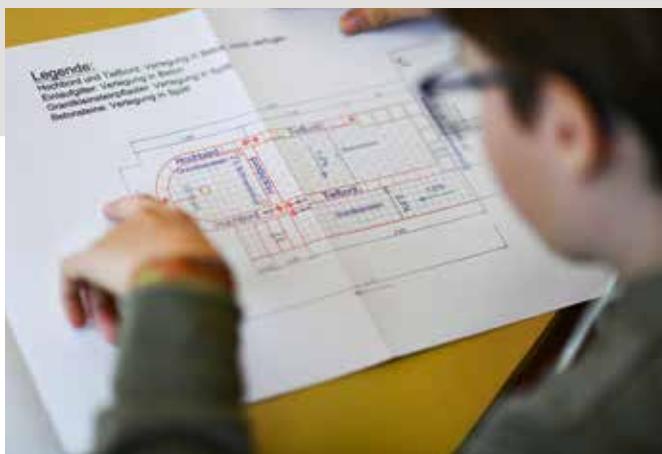


Bruno Engel, Vorsitzender des Öffentlichen Baudienstes, initiierte Lehrlingswettbewerbe und -projekte.

männerdominierter Bereich, etwas rüder, aber eine Benachteiligung von Frauen ist mir nicht bekannt“, so Bruno Engel. Sandy Decker meint dazu: „Man führt dieselben Tätigkeiten wie die männlichen Kollegen aus, man wird nicht anders oder als weniger fähig bewertet.“ Und Kati Engelbrecht, die einen handwerklichen Beruf ergreifen wollte: „Als ich anfang, wurde mir gesagt, ich solle einfach Bescheid geben, wenn ich Hilfe brauche – und genau so mache ich es, und sie kommen auch immer gleich.“ Nach dem Lehrabschluss stehen Kati alle Möglichkeiten offen, wie zum Beispiel Streifendienst-, Lkw- oder Unimog-Fahrerin. ●

Informationen zum Lehrberuf

„Straßenerhaltungsfachmann/-frau“ finden sich online unter: www.wko.at/service/bildung-lehre/berufs-und-brancheninfo-strassenerhaltungsfachmann-frau.html.



Die eigenständige Berechnung und der Bau eines Verkehrsteilers waren zum Beispiel eine Aufgabe eines Lehrlingswettbewerbes.



Anton Surböck, Ausbilder und Straßenmeister, Dr. Wolfgang Dafert, Leiter der NÖ Straßenbauabteilung 1, Johann Steiner, Betriebsleiter (v. l. n. r.).

*Katja Klukar (links) und
Nina Schwab absolvieren
die Lehre zur Steuerassis-
tentin am Finanzzentrum
Wien-Mitte.*



SPANNENDE ZAHLEN

2011 ging die Lehre „Steuerassistentin und Steuerassistent“ in den Regelbetrieb über. In der Finanz- und Zollverwaltung erhalten Lehrlinge den bestmöglichen Support bei der Absolvierung der Ausbildung.

Ich wollte selbstständig sein, mein eigenes Geld verdienen – meiner Mutter war es aber wichtig, dass ich die Matura mache. Da ich gut in Rechnungswesen war, entschloss ich mich für die Lehre zur Steuerassistentin mit Matura“, erläutert Katja Kluka, Lehrling im zweiten Lehrjahr am Finanzzentrum Wien-Mitte. Erfahren hat die 17-Jährige von dem noch recht jungen Lehrberuf über ihre Tante, die am Finanzzentrum Kagan arbeitet. Die „Lehre zur Steuerassistentin und zum Steuerassistenten“ wurde von der Finanzverwaltung in Zusammenarbeit mit der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer entwickelt. Die ersten Lehrlinge starteten im Jahr 2010 in einem Pilotprojekt, mit 2011 wurde der Regelbetrieb zu diesem Lehrberuf aufgenommen. Wolfgang Tatzgern, Fachausschussvorsitzender der Region Wien, erinnert sich zurück: „Der Ausbildungsplan wurde in den vergangenen acht Jahren adjustiert, Verbesserungsvorschläge wurden eingearbeitet. Man merkt, wie jung die Ausbildung ist, wenn man bedenkt, dass unsere jetzigen Lehrlinge einen Akt aus Papier gar nicht mehr kennen, sondern nur mehr den elektronischen Akt. Der Einzug der EDV, des Internets und der Handys hat unsere Arbeitsweise grundlegend verändert.“ Seit 2014 gibt es nur mehr elektronische Akte, FinanzOnline, das von den Kunden sehr gut angenommen wird, gibt es schon länger.

Insgesamt werden ressort- und österreichweit pro Jahr 80 Lehrlingspositionen (durchschnittlich 75 SteuerassistentInnen und fünf VerwaltungsassistentInnen) vergeben. Die SteuerassistentInnen werden in der Finanzverwaltung, die auf fünf Regionen aufgeteilt ist, aufgenommen. Das bedeutet zirka 15 Lehrlinge pro Region, die wiederum den einzelnen Finanzämtern, üblicherweise zwei Lehrlinge pro Finanzamt, zugewiesen werden. Die fünf VerwaltungsassistentInnen werden vorwiegend im Zollbereich aufgenommen.

In Wien gibt es im ersten Lehrjahr 15 Steuerassistent-Lehrlinge, 12 davon in Wien-Mitte, drei im Finanzzentrum Kagan. Die Zahl der BewerberInnen überschreitet die der aufgenommenen Lehr-

linge deutlich. Für die 80 ausgeschriebenen Plätze, für die Lehre mit Beginn im September 2019, gab es insgesamt 470 BewerberInnen (309 Mädchen und 161 Burschen). Die zukünftigen Lehrlinge müssen zuerst das zweistufige Rekrutierungsverfahren bestehen. Zuerst muss ein standardisierter EDV-Test im Bereich der Personaldiagnostik absolviert werden. Jene mit den besten Ergebnissen werden zum Aufnahmegespräch, dem „Hearing“ vor der Kommission, eingeladen. Sowohl Dienstgeber- als auch Dienstnehmervorteiler sind dabei anwesend. Die am höchsten qualifizierten Lehrlinge werden ausgewählt. Wobei eine Affinität zu Zahlen bzw. Buchhaltung zwar von Vorteil, aber nicht alleiniges Auswahlkriterium ist.

Lehre mit Matura

Katja Kluka und ihre Kollegin Nina Schwab sind beide Lehrlinge im zweiten Lehrjahr – mit Matura – in Wien-Mitte. Auch Nina Schwab hat über ein Familienmitglied von der Lehre zur Steuerassistentin erfahren. Nina begann ebenfalls wie Katja im zweiten Lehrjahr mit der Matura. „Es ist vorge-

sehen, mit dem Maturakurs erst im zweiten Lehrjahr zu beginnen“, so Tatzgern. Denn auch wenn das Finanzzentrum Wien-Mitte als Dienstgeber die Lehre mit Matura durch Gleitzeit wie die mögliche Freistellung für den Besuch der Berufs- und Maturaschule unterstützt, so stellt die Matura zusätzlich zur Lehre eine zeitliche Herausforderung dar.

Nina Schwab macht derzeit zwei von vier Maturafächern – Deutsch und Englisch (danach folgen Mathematik und

ein Fachbereich). Während ihrer Dienstzeit – also Lehre, die 40 Stunden pro Woche umfasst – absolviert sie einmal wöchentlich den Maturakurs am Vormittag und die Berufsschule. Zusätzlich ist dann der zweite Maturakurs abends. Meist absolvieren beide Mädchen ihre Lehrzeit von sieben bis 15 Uhr, wobei ab dem dritten Monat Gleitzeit möglich ist. Der Unterricht in der Berufsschule für Handel und Administration im 16. Bezirk findet im Zeitraum von 7.30 bis 15.30 Uhr statt. Für den Maturakurs am Vormittag werden die beiden Lehrlingsmädchen freigestellt. Der zweite beginnt

„Ich möchte mein eigenes Geld verdienen – und die Matura machen.“

KATJA KLUKA, STEUERASSISTENTIN IM ZWEITEN LEHRJAHR



*Den Lehrlingen wird im Finanzamt Wissen und Praxis durch die Einschulung in allen Bereichen vermittelt.
Personalvertreter Wolfgang Tatzgern fordert die gerechte Anpassung der Lehrlingsentschädigung.*

um 15.45 Uhr, diesen absolvieren sie nach ihrer Arbeitszeit. Die eigentliche Lehre (ohne Matura) ist ebenfalls inhaltlich reichhaltig. Im Finanzamt Wien-Mitte gibt es vier verschiedene Teams für die Bereiche: Privatpersonen (AV), Betriebe (BV), Abgabensicherung und das Infocenter. Für jeden Bereich ist für die Lehrlinge eine bestimmte Zeitspanne vorgesehen, in der sie für den jeweiligen Bereich eingeschult werden. Die Lehrlinge wechseln die Bereiche nacheinander, wobei die Reihenfolge in jedem Lehrjahr gleich bleibt, nur die Dauer ändert sich. Die Rotation erfolgt nach einem fixen Ausbildungsplan. Ein Wunsch der Lehrlinge wäre es, die Schulungsdauer pro Bereich etwas zu verlängern, anstatt zu oft zu wechseln. Aber das wäre auch schon der einzige Verbesserungsvorschlag, der ihnen einfällt, denn sie sind sehr zufrieden mit der Ausbildung, wie mit dem Umgang und der Förderung der Lehrlinge in der Finanzverwaltung. Die Lehre zur Steuerassistentin und zum Steuerassistenten beträgt drei Jahre. Die Berufsmatura ist für fünf Jahre vorgesehen, zwei Jahre absolvieren Nina und Katja während ihrer Lehrzeit, die restlichen drei Jahre folgen danach. Ein Maturafach muss vor der Lehrabschlussprüfung bestanden werden, die anderen drei Fächer dürfen bis zu drei

Jahre danach absolviert werden. Dieses Schema lässt sich auch auf andere Lehrberufe mit Matura umlegen.

Mag. (FH) Bernhard Riedler, Lehrlingskoordination Bundesministerium für Finanzen, sagt dazu: „Unser Ressort unterstützt die Lehrlinge bei der Matura während der Lehrzeit, wobei der Fokus auf der erfolgreichen Absolvierung der Lehre liegt. Ungefähr zwei Drittel unserer Lehrlinge beginnen mit der Matura während der Lehrzeit, zirka ein Drittel schließt die Matura danach positiv ab.“ Generell wird die Lehre mit Matura in der Finanzverwaltung sehr gut angenommen.

Übernahme der Lehrlinge zu 95 Prozent

Mit oder ohne Matura werden die Lehrlinge nach erfolgreicher Lehrabschlussprüfung bis zu 95 Prozent in ein unbefristetes Dienstverhältnis in die Finanzverwaltung übernommen. „Die Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis entspricht auch der Forderung der Gewerkschaft“, sagt Wolfgang Tatzgern. Diese Forderung ist in den vergangenen Jahren erfüllt worden. Wofür die Finanzgewerkschaft sich noch einsetzt, ist „die Ungleichbehandlung unserer SteuerassistentInnen im Vergleich zu den SteuerassistentInnen, die bei den Steuerbera-

„Wir Lehrlinge
erhalten viel
Unterstützung.“

NINA SCHWAB, STEUER-
ASSISTENTIN IM
ZWEITEN LEHRJAHR



Die Lehrlinge werden nach erfolgreichem Lehrabschluss zu 95 Prozent in ein Dienstverhältnis übernommen.

tern und Wirtschaftstreuhandern arbeiten“, führt Tatzgern unzufrieden an und erklärt: „Unsere Lehrlinge werden immer noch als VerwaltungsassistentInnen entlohnt.“ Der Lehrberuf SteuerassistentIn müsste extra verhandelt werden, damit die Differenzen bei der Lehrlingsentschädigung beseitigt werden. ÖsterreicherIn werden die Lehrlinge zur SteuerassistentIn im Verhältnis 50:50 von SteuerberaterInnen und WirtschaftsprüferInnen bzw. von der Finanzverwaltung aufgenommen. In der Berufsschule sind beide gemeinsam in einer Klasse.

Was wird getan, um die ausgebildeten Lehrlinge bei der Finanzverwaltung zu halten? An erster Stelle steht für die Lehrlinge die Übernahme in ein fixes Dienstverhältnis, danach folgen Benefits wie Gleitzeitmodelle, die Möglichkeit des Teleworkings – wodurch es ein sehr familienfreundlicher Job ist –, die betriebliche Gesundheitsförderung, Talent-Management und ein leistungsorientiertes Bonus-system. Diese Vorteile stehen nicht nur Lehrlingen, sondern allen MitarbeiterInnen der Finanzverwaltung zur Verfügung. Die Finanzverwaltung tut viel für Lehrlinge, das schätzen Katja Kluka und Nina Schwab: „Wir erhalten viel Unterstützung, sei es für die Berufsschule oder für die Ausbildung am Arbeitsplatz.“ Zur bereits erwähnten Freistellung für Ausbildungszeiten und Gleitzeitregelung

kommt ein eigens für die Lehrlinge konzipiertes Coaching, das einmal im Monat stattfindet. „Unser Organisationsleiter, Herr Semeliker, nimmt sich sehr viel Zeit für uns Lehrlinge“, so Katja. Wolfgang Semeliker ist Organisationsleiter, Lehrlingsverantwortlicher und Lehrlingsausbildner. In dieser Funktion ist er unter anderem für das Personal, besonders für Lehrlinge in einem Wiener Finanzamt, zuständig. Er koordiniert und administriert die Steuerassistenten-Lehrlinge, überprüft die Berufsschulergebnisse, kommuniziert zwischen Schule und Eltern sowie im Bezug zu Themen der Ausbildung, wie zum Beispiel Dienst- und Besoldungsrecht. Mindestens sechs Stunden wöchentlich widmet er somit den Lehrlingen.

Was sind die Zukunftspläne der Lehrlinge Katja und Nina? „Den Lehrabschluss machen, danach die Matura bestehen – und in der Finanzverwaltung bleiben.“ Eine höhere Position und vielleicht zur Finanzpolizei plant Nina Schwab. Katja Kluka zieht es auch in Richtung Finanzpolizei – oder zum Zoll. Denn eines ist klar, die Lehre wie der Beruf SteuerassistentIn ist abwechslungsreich und spannend. ●

Informationen zum Lehrberuf „SteuerassistentIn“ finden sich online unter www.bmf.gv.at/lehrberuf-steuerassistent.html.

Lehrstellen und -informationen werden auf der Webseite „Jobbörse der Republik“ online ausgeschrieben: www.jobboerse.gv.at/einstieg/lehre/index.html.



Wolfgang Semeliker ist Organisationsleiter, Lehrlingsverantwortlicher und -ausbildner im Finanzzentrum Wien-Mitte.

PFLANZEN MIT GESCHICHTE

Die Österreichischen Bundesgärten feiern dieses Jahr ihr hundertjähriges Jubiläum. Den Lehrberuf gibt es zwar noch nicht so lange, aber das Fachwissen über die historischen Parks und Gartenanlagen, das den Lehrlingen bis heute vermittelt wird, schon.

Ich wollte gerne in der Natur arbeiten“, antwortet André Halik auf die Frage, warum er sich für die Lehre zum landwirtschaftlichen Gärtner entschieden hat. André befindet sich im dritten Lehrjahr bei den Österreichischen Bundesgärten. Er schätzt die Vielfalt der Ausbildung, die er bei den Bundesgärten erfährt: „Man lernt hier alles, was ein Gärtner kennen und können muss.“ Seine Lehrlingskollegin Michelle Hahn stimmt ihm zu: „Vom Gemüse- bis zum Zierpflanzenbau lernt man hier alles kennen.“ Die Bundesgärten weisen nicht nur ein breites Spektrum an botanischen Pflanzensammlungen und historischen Parkanlagen auf, sondern zeichnen sich durch eine weitere Besonderheit aus: „Unsere historischen Garten- und Parkanlagen erfordern ein ganz besonderes Fachwissen, das weit über das übliche Wissen des Berufsbildes hinausgeht. Die Bundesgärten bieten durch ihre besonderen gartenbaulichen Anforderungen ein in Österreich einzigartiges Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten an“, erklärt Ralf Bauridl, Personalvertreter und Vorsitzender des Dienststellenausschusses der Bundesgärten. Zu den Österreichischen Bundesgärten zählen die wunderschönen Parkanlagen Schlosspark Schönbrunn,

Augarten, Belvederegarten, Burggarten und Volksgarten in Wien sowie Hofgarten und Schlosspark Ambras in Innsbruck.

Historische Gärten, Parks und Glashäuser

Die Lehrlinge André Halik und Michelle Hahn absolvieren ihre Lehre bei den Bundesgärten in Wien. Im Jahr 2016 wurde die Dienststelle mit der Höheren Bundeslehr- und Forschungsanstalt (HBLFA) für Gartenbau zusammengelegt. Durch den Zusammenschluss konnte die Ausbildungspalette nochmals erweitert werden. Die Lehrlinge kommen nun auch mit gartenbaulichen Forschungsprojekten der Sparten Landschaftsgestaltung, Gemüsebau, Zierpflanzenbau, Stauden und Sommerblumen, Gehölzkunde sowie der Phytopathologie und der In-vitro-Gewebekultur in Kontakt. „Ein Jahr der Lehre absolviert man im Betrieb der HBLFA, die zwei anderen Lehrjahre in den Gärten und Parks beziehungsweise in den umfangreichen botanischen Sammlungen der Österreichischen Bundesgärten“, erklärt André. Michelle führt weiter aus: „Um alle Themen des Gartenbaus kennenzulernen, wechseln die Lehrlinge durchschnittlich alle drei Monate in eine neue Abteilung.“

„Ich schätze die Vielfalt der Ausbildung.“

ANDRÉ HALIK, LEHRLING LANDWIRTSCHAFTLICHER GÄRTNER



André Halik und Michelle Hahn im „Reservegarten“ in Schönbrunn, in dem sich die botanischen Sammlungen befinden.

Ergänzt wird die Ausbildung durch die Berufsschule für Gartenbau und Floristik und interne Schwerpunktschulungen.“ Die beiden Gärtnermeister und Lehrlingsbeauftragten Alexander Förster und Günther Wimmer erstellen die dafür notwendigen internen Ausbildungspläne und kümmern sich um die fachliche Begleitung der Lehrlinge über die gesamte Ausbildungsdauer. Die Personalvertretung übernimmt die Betreuung der Lehrlinge in allen dienstrechtlichen und sozialen Belangen“, so Bauridl. „Die Lehre mit Matura wird derzeit

FOTOS: ANDI BRÜCKNER

noch nicht angeboten“, sagt Johann Sommer, Vorsitzender des Zentralausschusses des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus, der diesen Gedanken aber für eine wichtige Weiterentwicklung des Lehrberufes hält. „Die Anpassung der Ausbildung wäre ein wichtiger Aspekt, denn auch das Berufsbild des Gärtners unterliegt einer ständigen Weiterentwicklung. Umwelt- und Naturschutz, Nachhaltigkeit, Gartenmanagement, aber auch ökologische Entwicklungen sind einige Beispiele der Anforderungen an das Berufs-

bild. André steht kurz vor dem Lehrabschluss, im Juli findet der erste Teil der Prüfung – der schriftliche – statt. Im August folgt dann der zweite Teil, mündlich und praktisch. Schriftlich, mündlich und praktisch ist auch das Aufnahmeverfahren vor Beginn der Lehre. Der 27-jährige Wiener ist zufrieden mit der Lehre bei den Bundesgärten, hat er doch zuvor einige Lehrberufe ausprobiert und erst etwas später erkannt, dass die Arbeit mit der Natur ihm am meisten zusagt. Michelle ist siebzehn, im zweiten Lehrjahr, und für sie war schon früh klar, in welche Richtung ihre Ausbildung gehen wird, da ihre Eltern einen Gärtnereibetrieb führen. Gerne möchte die Waldviertlerin nach dem Lehrabschluss als landwirtschaftliche Gärtnerin noch die Lehre zur Floristin machen. André könnte sich vorstellen, in Zukunft als Baumpfleger tätig zu sein. Beide sind mit der Lehre bei den Bundesgärten sehr zufrieden, und es fällt ihnen auch nach längerem Überlegen nichts ein, das man verbessern könnte.

Auswirkungen des Aufnahmestopps

Die Lehrlinge sind zufrieden mit der Ausbildung, doch wie sieht es mit der Übernahmequote nach dem Lehrabschluss aus? Hier zeigt sich Ralf Bauridl, Personalvertreter und Vorsitzender des Dienststellenausschusses, weniger zufrieden:

„Vom Gemüse-
bis zum
Zierpflanzenbau
lernt man hier
alles kennen.“

MICHELLE HAHN,
ZUKÜNFTIGE
GÄRTNERIN

„Als ich 1979 als Lehrling in Schönbrunn begann, wurden von 20 Lehrlingen 18 übernommen. Im Laufe der Jahre wurde das leider immer weniger – durch den Aufnahmestopp sind wir an einem für Lehrlinge wie Auszubildner sehr frustrierenden Punkt angekommen, da wir nur mehr sehr selten einen unserer Lehrlinge beschäftigen dürfen.“

Johann Sommer, zuständig für alle dem Ressort unterstellten Dienststellen Österreichs, erklärt die Auswirkungen des Personalstopps für die Bundesgärten: „Die notwendige personelle Verjüngung, aber auch der für die Bundesgärten wichtige Wissenstransfer zur Bewahrung des gartenkulturellen Erbes finden nicht mehr statt. Das ist nicht zufriedenstellend, weder für das Personal noch für die Lehrlinge.“ Bereits 1997 begann der Personalstopp in die Realität umgesetzt zu werden, Jahr für Jahr spitzt sich die Situation zu. Ralf Bauridl nennt als For-

derung der Gewerkschaft, dass zur Lehrlingsausbildung auch deren spätere Beschäftigung angeboten wird: „Es wäre wünschenswert, dass wir alle unsere auszubildenden Gärtnerinnen und Gärtner behalten – bei durchschnittlich zehn Auszubildenden ist das eine legitime Forderung, denn das entspricht in etwa dem natürlichen Abgang und dem Personalbedarf zur nachhaltigen und qualitativen Aufrechterhaltung unserer historischen Parkanla-



Personalvertreter Ralf Bauridl begann selbst als Gärtnerlehrling 1979 in Schönbrunn. Heute setzt er sich für die Anliegen der Lehrlinge und MitarbeiterInnen ein.



gen und botanischen Sammlungen.“ Johann Sommer dazu: „Der Umfang der Flächen und Arbeitsbereiche ist gleich geblieben und die Arbeit trotz Technisierung nicht weniger geworden. Der händische Arbeitseinsatz ist eher gestiegen, gerade auch im Hinblick auf den Verzicht von Glyphosat, der Bekämpfung von Schädlingen und invasiver Pflanzenarten. Umweltschutz ist wichtig, aber er erfordert auch eine höhere Personalkapazität.“ Bauridl erinnert sich: „1979 hatten wir zirka 350 MitarbeiterInnen. Jetzt sind wir aktuell bei 246. Damals hat es noch viel mehr Mitarbeiter gegeben, die saisonal angestellt waren.“ Und Sommer gibt zu bedenken: „In Bezug auf die Personalpläne sind uns durch die Vorgaben der Politik gewissermaßen die Hände gebunden. Die Budgets werden jährlich erstellt. Oftmals ist die politische Großwetterlage ausschlaggebender als der tatsächliche Personalbedarf einer Dienststelle.“ Ralf Bauridl, selbst Blumen- und Zierpflanzengärtner in Schönbrunn, fordert: „Wir würden dreimal so viele Lehrlinge benötigen. Im September 2019 können wir nur noch zehn Lehrlinge aufnehmen, obwohl wir meist rund 25 Bewerberinnen und Bewerber zählen. Nehmen wir als Beispiel den Feldgarten, in dem wir uns gerade befinden, diesen könnten wir ohne Lehrlinge gar nicht bespielen, bei der für die Sommerauspflanzung benötigten Anzahl zu produzierender Blumen!“ Die Bundesgärten feiern im Jahr 2019 hundertjähriges Jubiläum. Vor



„Die notwendige personelle Verjüngung, aber auch der für die Bundesgärten wichtige Wissenstransfer zur Bewahrung des gartenkulturellen Erbes finden nicht mehr statt“, warnt Johann Sommer, Zentralausschussvorsitzender des BM für Nachhaltigkeit und Tourismus.

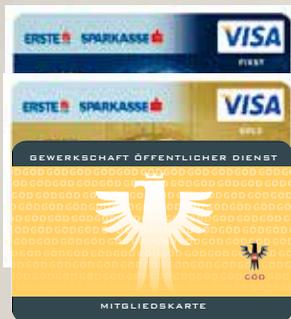
hundert Jahren wurden bereits Lehrlinge in den Bundesgärten ausgebildet – zu dieser Zeit lernte man den Beruf Gärtner von anderen Gärtnern bei der Arbeit, es war noch kein „offizieller“ Lehrberuf. Bauridl und Sommer kennen noch Mitarbeiter, die vor mehr als vierzig Jahren als Lehrling in den Bundesgärten begonnen haben. Die Ausbildung wurde im Laufe der Zeit verfeinert, erweitert und weiter professionalisiert. Nun ist es höchste Zeit, die perfekt für die Bundesgärten ausgebildeten Lehrlinge nach Lehrabschluss auch zu übernehmen. ●

Informationen zum Lehrberuf „GärtnerInnen und FloristInnen“ finden sich online unter: www.wko.at/branchen/gewerbe-handwerk/gaertner-floristen/berufsbilder1.html.



Michelle stammt aus einem Gärtnereibetrieb. Nach dem Abschluss der Lehre bei den Bundesgärten möchte sie noch Floristin lernen. André erkannte, dass die Arbeit mit der Natur seine Berufung ist.

Hier finden Sie einen Ausschnitt der GÖD-Card-Angebote. Das Komplettangebot ist auf www.goedvorteil.at abrufbar.



EXKLUSIVE EINKAUFSVORTEILE FÜR GÖD-MITGLIEDER

Besuchen Sie uns auf www.goedvorteil.at und finden Sie tausende Einkaufsvorteile exklusiv für GÖD-Mitglieder! Jede Woche neue Unternehmen mit tollen Angeboten! Versäumen Sie keine Angebote und melden Sie sich kostenlos für den Newsletter an! Ihr GÖD-Vorteilsteam



10%
Rabatt +
Zimmer-
Upgrade

THERMENHOTEL DAS RONACHER

Das Fünf-Sterne-Superior-Hotel DAS RONACHER Terme & Spa Resort bietet 10% Rabatt plus Zimmer-Upgrade. Thermenstraße 3
9546 Bad Kleinkirchheim
Internet: www.ronacher.com
Tel.: 04240/282
E-Mail: hotel@ronacher.com



MRS. SPORTRY
www.mrsporty.com

€ 0,-
Startpaket

MRS. SPORTRY

Mrs. Sporty unterstützt Frauen dabei, durch Sport und gesunde Ernährung ihre gesundheitlichen und sportlichen Ziele zu erreichen.

Clubfinder unter: www.mrssporty.at
Vorteil: STARTPAKET € 0,- STATT € 129,-

VORTEILE

www.goedvorteil.at



€ 10,-
Gutschein
bei jedem
Einkauf

HUMANIC

HUMANIC gilt mit über 150 Stores als Vorreiter im europäischen Schuhbusiness. Ständig wechselnde Kollektionen bringen die Trends umgehend in unsere Filialen und den Online-Shop.

Preisvorteil: 10-Euro-Gutschein ab einem Einkaufswert von € 59,95.



ab 3 ÜN
1 Nacht
gratis

SCHLOSSHOTEL SEEWIRT****

Gourmeturlaub auf der Turracher Höhe. Unsere Gerichte werden mit Liebe zum Detail, weltweit erlerntem Können und Raffinesse zubereitet.

Turracher Höhe 33, 8864 Turracher Höhe
Internet: www.schlosshotel-seewirt.com
Tel.: 04275/82 34
E-Mail: info@schlosshotel-seewirt.com

Experten in die Regierung!?

Nun liegen einige politisch turbulente Wochen hinter uns. Manche Medien sprachen nach dem Rücktritt der freiheitlichen Minister und insbesondere nach der Absetzung der Bundesregierung durch den Nationalrat von einer Staatskrise. Die Bezeichnung ist wohl etwas zu dick aufgetragen, bezeichnet Staatskrise doch „eine Krise, die darin besteht, dass die staatliche Ordnung in ihrem Bestand gefährdet ist“¹. Mir ist nicht aufgefallen, dass in der Verwaltung oder der Gerichtsbarkeit, um bei den obigen Worten zu bleiben, die Krise ausgebrochen ist. Polizei, Justiz, Finanz, Gesundheitsdienst, um nur einige Berufsgruppen zu nennen, sind wie immer ihren Aufgaben nachgekommen, die Bevölkerung konnte sich auf das Funktionieren der Verwaltung verlassen – oder, wie es unser Bundespräsident ausgedrückt hat: „Es wird zu Unrecht unterschätzt oft, glaube ich, wie wichtig eine gute Verwaltung für das Funktionieren unseres Gemeinwesens ist.“²

Neben der Professionalität der staatlichen Organe war es insbesondere die Bundesverfassung – deren Eleganz, ja, Schönheit sich gerade in Zeiten wie diesen zeigt³ –, welche Bundespräsident Van der Bellen durch diese Tage geleitet hat, denn: „Jeder Schritt, der jetzt getan wird, ist vorgesehen und in der Verfassung verankert.“ Professionalität hat auch Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein an den Tag gelegt, indem sie noch vor der



*Otto Aiglsperger:
Der Autor ist Leiter des
Bereichs Organisation
und Wirtschaft in
der GÖD.*

*Rückmeldungen zu
diesem Artikel bitte an:
otto.aiglsperger@
goed.at*

Angelobung der Bundesregierung darauf hinwies, dass sie „in guter, österreichischer Tradition mit den Landeshauptleuten, mit den Sozialpartnern, mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften und mit der Zivilgesellschaft den Dialog suchen wird“⁴.

Haben wir jetzt also eine „Expertenregierung“ bzw. „Beamtenregierung“? In der Verwendung solch verknappter Begriffe liegt schon die Unschärfe begraben. Auch die GÖD wird von Medienvertretern, ohne dass wir das so wollen, noch gut und gerne als „Beamtengewerkschaft“ bezeichnet, obwohl eine Vielzahl unserer Mitglieder keine Beamtinnen oder Beamten, sondern Vertragsbedienstete oder privatrechtlich Angestellte sind. Ob in der Bundesregierung ausschließlich Beamte sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Und Experten? Selbstverständlich sind die Minister Expertinnen bzw. Experten, und ich bin der Überzeugung, dass unsere Republik von dieser Regierung bestmöglich verwaltet und regiert werden wird.

Trotzdem fällt mir die Verwendung dieses Begriffes schwer. Bedeutet es denn etwa, dass Regierungsmitglieder üblicherweise keine Experten sind? Der wesentliche Unterschied sollte hier meines Erachtens im Regelfall darin bestehen, aus welcher Richtung kommend das Amt übernommen wird: entweder als Experte aus der Verwaltung oder als Experte aus der Politik!

¹ www.duden.de

² Bundespräsident Van der Bellen am 30. Mai 2019, ORF, ZiB-Spezial um 15 Uhr.

³ Bundespräsident Van der Bellen am 21. Mai 2019, www.bundespraesident.at.

⁴ Bundeskanzlerin Bierlein am 30. Mai 2019, ORF, ZiB-Spezial um 15 Uhr.

Die Belastungen für LehrerInnen werden immer größer. Verbesserungen können nur in geringem Ausmaß von den Betroffenen selbst vorgenommen werden.

AKTUELL



SCHULE ALS SPIEGEL UNSERER GESELLSCHAFT?

„Zwölfjähriger drohte Lehrer mit Schere in Linzer Schule – Gewalt eskaliert.“¹ – „Jeden Tag vier Anzeigen wegen Gewalt an der Schule – Anstieg um 14 Prozent zwischen den Jahren 2017 und 2018.“² So und ähnlich könnten sich die Meldungen der letzten Wochen und Monate fast beliebig fortsetzen lassen.

VON MAG. ROMANA DECKENBACHER

Als langjährige Lehrerin an einer NMS und Personalvertreterin sind mir diese Vorgänge nichts Unbekanntes. Bereits im Jahr 2013 wurde von unserem Vorsitzenden der Gewerkschaft der PflichtschullehrerInnen unter dem Titel „Das ‚Support-Personal‘ – ein wunder Punkt an Österreichs Schulen“ darauf hingewiesen, dass unsere Schulen im internationalen Vergleich sowohl mit pädagogisch-unterstützendem Personal als auch mit administrativen Kräften sehr schlecht ausgestattet sind. Es müssten, um zumindest den OECD/EU-Durchschnitt zu erreichen, etwa 13.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als zusätzliches unterstützendes Personal aufgenommen werden.

Dieser Mangel konnte aus unterschiedlichsten Gründen noch immer nicht behoben werden. Damit ist aber auch ein entscheidender Grund weiter vorhanden, welcher die in der letzten Belastungsstudie nachgewiesenen, pädagogischen, interkulturellen, sozialen und kommunikativen Herausforderungen an unsere Pädagoginnen und Pädagogen nachhaltig negativ befeuert. Die in der Studie angeführten Belastungen, die neben bereits lange im Schuldienst wirkende Pädagoginnen und Pädagogen auch unsere erst kurz im

pädagogischen Leben stehende Kolleginnen und Kollegen betrifft, hat bereits Ausmaße erreicht, die nicht mehr hinnehmbar sind.

Jeder Mensch hat seine individuellen Erfahrungen in der Schule gemacht. Es scheint daher offensichtlich das Schicksal der Berufsgruppe Pädagoginnen und Pädagogen in Österreich zu sein, gegensätzliche Standpunkte, unterschiedliche Wahrnehmungen und auch überschießende Polemik seitens der Gesellschaft schlichtweg hinnehmen zu müssen. Wir als GÖD haben hier aber ein klares Ziel: Weg mit politischer Kurzsichtigkeit, weg mit launigem Zynismus, klare Forderungen an die Politik zur Gewährleistung eines sicheren und pädagogisch besseren Arbeitsumfeldes sowie unmittelbare Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen. Konkret bieten wir als GÖD kostenlose Mobbingberatung sowie Schulungen zum Thema Sicherheit im Lehrberuf an, die von unseren Mitgliedern jederzeit in Anspruch genommen werden können.

Wenn man unsere beiden GÖD-Belastungsstudien (2014³; 2016⁴) näher betrachtet, dann gehen bei den untersuchten Berufsgruppen des Öffentlichen Dienstes im Jahr 2014 die Pädagoginnen und Pädagogen mit 32,2 Prozent als die am stärksten gesundheitlich belastete Berufsgruppe hervor. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass durch die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 deren Belastung im Jahresvergleich 2014 bis 2016 tendenziell so gestiegen ist, dass sich das Empfinden von „belastet“ zu nunmehr „überlastet“ verlagert hat. In beiden Studien kommt unmissverständlich zum Ausdruck, dass der Wunsch nach Support-Personal in Form von zusätzlichen Beratungslehrerinnen und Beratungslehrern, Psychologinnen und Psychologen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Psych-

FOTOS: BAKA/I/STOCK/GETTY IMAGES PLUS • LIGHTFIELDSTUDIO/OS/GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO



Bullying (synonym zu Mobbing) von Schülern durch andere nimmt immer mehr zu. Pädagogische Maßnahmen sind notwendig.

„Die Ergebnisse der Belastungsstudien zeigen, dass Support-Personal dringend notwendig ist.“

MAG. ROMANA DECKENBACHER

agoginnen und Psychagogen vorhanden ist. Die Ergebnisse der Studien bestätigen die langjährigen Forderungen der GÖD, Support-Personal (und administratives Personal) dringend aufzustoßen. Auch Peter Jost kommt in seiner Masterarbeit zum Thema „Gesundheitsrisiko Lehrerberuf“⁴⁵ zur Erkenntnis, dass ein Großteil der Lehrkräfte die mangelnde Reputation des Lehrerberufs in Österreich, die Undiszipliniertheit von Schülerinnen und Schülern, unzureichende Rückzugsmöglichkeiten an den Schulstandorten, fehlendes Support-Personal und die Zunahme von Vorschriften und Bürokratie als massive Belastungen wahrnehmen. Erfolgt, dass eine Verbesserung der Situation bzw. die Reduktion mancher Belastungen nur in einem sehr geringen Ausmaß von den betroffenen Lehrern und Lehrerinnen selbst beeinflusst werden kann, und es daher einer Regelung durch den Dienstgeber, einer Reduzierung durch vorgesetzte Dienststellen, eines verstärkten Rückhalts und einer Anerkennung der Professionalität der Pädagoginnen und Pädagogen – auch durch die Gesellschaft – geben muss.

Zusätzlich zu den ohnehin immer größer werdenden Belastungen tritt jedoch in letzter Zeit ein primär im Pflichtschulbereich wahrnehmbares, stetig steigendes Aggressionspotenzial von manchen Schülerinnen und Schülern auf, dem unverzüglich entgegenzuwirken ist. Ein wesentlicher Faktor der Wurzeln dieses Aggressionspotenzials scheint auf der Hand zu liegen: Manche Eltern sind Teil dieses Problems!

Im Vergleich zu Gymnasien gibt es an manchen Mittelschulen, hier vor allem Schulen in sozialen Brennpunkten, aber auch an manchen Berufsschulen und Zentren für Inklusion und Sonderpädagogik, mehr Aggressionen gegen Lehrkräfte. Einer der wichtigsten Faktoren, der mit der Aggression von Schülerinnen und Schülern einhergeht, ist in der Regel ein sozial schwieriges Umfeld.

Pädagoginnen und Pädagogen berichten mir immer wieder, dass sie bei manchen Gesprächen mit Eltern aufpassen müssen, nicht verbal oder manchmal sogar tätlich angegriffen zu werden. Primär geht es dabei häufig um Probleme mit jenen Kindern, deren Eltern aus bildungsfernen Schichten stammen.



Mag. Romana Deckenbacher: Die Autorin ist GÖD-Vorsitzender-Stellvertreterin und Bereichsleiterin Soziale Betreuung.

Wer in der Schule aber mit aggressivem Verhalten gegenüber Mitschülerinnen und Mitschülern bzw. Pädagoginnen und Pädagogen auffällt, hat jedenfalls ein höheres Risiko, auf die schiefe Bahn zu geraten, wie Studien belegen. Sogenannte Hardcore-Bullys, die bereits im Kindergarten oder der Volksschule anderen Mitschülern persönliche Gegenstände wegnehmen oder sie bestehlen, sie schlagen, herabwürdigend und/oder die Ausstattung der Schule vorsätzlich beschädigen, zeigen ohne entsprechende erzieherische Einwirkung auch später häufiger Fehlverhalten. Bullying, also systematisches Quälen von anderen, ist somit eine Art Frühwarnung.

Die pädagogischen Ansätze gegen Gewalt und Mobbing an Schulen, die erst kürzlich seitens des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung präsentiert wurden, sind ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Eine essentielle Forderung von uns, der GÖD, lautet, Gewalt darf kein Berufsrisiko sein! Wir unterstützen jede Art pädagogischer Vorhaben gegen Gewalt und Mobbing, die dazu dient, unseren Kolleginnen und Kollegen einen verstärkten Rückhalt und eine Anerkennung ihrer Professionalität zu geben, gleichzeitig berufliche Belastungen zu reduzieren und durch kostenlose Beratung und Schulung proaktiv zu unterstützen. Damit wollen wir unsere Pädagoginnen und Pädagogen darin unterstützen, sich wieder ihrer eigentlichen Kernaufgabe widmen zu können: der geistigen, sozialen und wertorientierten Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Denn sie sind das wichtigste Gut der Zukunft unserer Gesellschaft! ●

1 Zitiert nach: OE24 online vom 17. 5. 2019, www.oe24.at/oesterreich/chronik/steiermark/Lehrer-schlaegt-8-Jaehrigen-ins-Gesicht/380466599.

2 Zitiert nach: Die Presse online vom 17. 5. 2019, <https://diepresse.com/home/bildung/schule/5630137/Jeden-Tag-vier-Anzeigen-wegen-Gewalt-an-der-Schule>.

3 Hotter, Erich (2014): GÖD Belastungsstudie 2014, ARGE Burnout, www.pflichtschullehrer.at/sites/default/files/Foliensatz%20Belastungsstudie%20PK%20-%203%20%20Oktober%202014.pdf.

4 Hotter, Erich (2014): GÖD Belastungsstudie 2014, ARGE Burnout, www.pflichtschullehrer.at/sites/default/files/Foliensatz%20Belastungsstudie%20PK%20-%203%20%20Oktober%202014.pdf.

5 Dipl. Sptl. Peter Jost, BEd.: „Gesundheitsrisiko Lehrerberuf. Über die Spezifik der Lehrer- und Lehrerinnenbelastung an Volks- und Allgemeinen Sonderschulen in Wien und Niederösterreich sowie die Chancen des Mentorings für Prävention und Problemlösung“, Masterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Master of Education (M.Ed.) im Hochschullehrgang Mentoring, eingereicht am 3. 9. 2018 an der Pädagogische Hochschule Niederösterreich, S. 111 f.

Wertschätzung und Unterstützung für unsere Lehrerinnen und Lehrer! Körperliche Gewalt im Klassenzimmer hat Einkehr gehalten. – In welcher Welt leben wir?

Nach den öffentlich gewordenen Gewaltexzessen an Schulen wurde von politischen Verantwortungsträgern mehr Wertschätzung für den Lehrberuf eingefordert. „Pädagogen hätten es generell immer schwerer, ihrem Beruf nachzugehen, die Verantwortung der Lehrer habe zugenommen, der Respekt



Mag. Roland Gangl:
Der Autor ist Vorsitzender der BMHS Gewerkschaft.

ihnen gegenüber sei dagegen nicht unbedingt gewachsen“, ist zum Beispiel in der Tageszeitung „Die Presse“ vom 8. 5. 2019 zu lesen. Es stellt sich allerdings die Frage, was die Verantwortungsträger in den unterschiedlichen gesetzlichen Körperschaften nun tun, damit an unseren Schulen derartigen Vorkommnissen Einhalt geboten wird. Was haben denn die politischen Verantwortungsträger oft gefordert, wenn es zu gesellschaftlichen Herausforderungen in den letzten Jahren gekommen ist? Die Lehrerinnen und Lehrer müssen es lösen!

Gesellschaft ist kein statischer Apparat. Gesellschaft ist ein hochkomplexer Prozess, und die Gesellschaft verändert sich unweigerlich und beständig. Das Einzige, was sich in den letzten Jahren nicht verändert hat, ist die mangelnde Unterstützung für uns Lehrerinnen und Lehrer. Wo ist denn das notwendige Unterstützungspersonal? Paradoxerweise fordert jetzt selbst eine ehemalige Unterrichtsministerin 100 zusätzliche Schulpsychologen. Warum hat sie dies nicht umgesetzt, als sie noch Fachministerin war? Als sensationeller Lösungsansatz wurden übrigens von den bildungspolitischen Verantwortungsträgern in der Vergangenheit stets reflexartig Weiterbildungsmaßnahmen genannt. Hat man noch immer nicht erkannt, dass wir Lehrerinnen und Lehrer nicht alle Probleme der Welt lösen können und nicht einmal eine qualitativ hochwertige Fortbildungsveranstaltung an einer Pädagogischen Hochschule uns hilft?

Die Aufgaben von uns Lehrerinnen und Lehrern sind unter anderem im Schulunterrichtsgesetz geregelt. Darin findet sich ganz sicher kein Hinweis darauf, dass wir uns unfreiwillig als Schauspielerin oder Schauspieler für Videofilme zur Verfügung stellen müssen und dass diese Filme dann noch auf diverse Plattformen hochgeladen werden.



Kommentar zur Gewalt im Klassenzimmer

SOZIALE KOMPETENZ STÄRKEN

Eine Umfrage der Bundesschülervertretung ergab, dass zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler mit Vorfällen von Gewalt konfrontiert wurden. Meist handelte es sich um verbale bzw. psychische Gewalt. In zwei Dritteln der Fälle richtete sie sich gegen Mitschülerinnen und Mitschüler.

Erschütternde Videos aus österreichischen Klassenzimmern machen im Moment die Runde in den sozialen Medien. Wer hätte gedacht, dass auch in Österreichs Klassenzimmern das Thema Gewalt ein solches Ausmaß annimmt? Jene Videos, in denen zu sehen war, wie Schüler einen Lehrer provozieren und dieser infolgedessen einen Schüler bespuckt, führte zu einer besorgniserregenden Situation im Klassenzimmer. In weiterer Folge wurden immer mehr Fälle von Gewalt an Schulen publik. Diese Entwicklung an Österreichs Schulen spiegelt sich in

der Umfrage der Bundesschülervertretung wider, die ergab, dass bereits zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler mit Gewaltsituationen an Schulen konfrontiert wurden. Szenen wie im erwähnten Video sind jedoch Extremfälle. Meist handelt es sich um verbale beziehungsweise psychische Gewalt, die sich in zwei Dritteln der Fälle von Schülerinnen und Schülern gegen Mitschülerinnen und Mitschüler richtet. Letztlich ist es zweitrangig, ob wir von physischer oder verbaler Gewalt sprechen. Denn, dass es ein Problem gibt, lässt sich nicht bestreiten: Das bezeugen allein die Erfahrungen

von Lehrerinnen und Lehrern wie von Schülerinnen und Schülern. Leider muss man sich eingestehen, dass die Schule schon lange nicht mehr ein Ort ist, an dem nur Wissen vermittelt wird. Täglich arbeiten Pädagoginnen und Pädagogen mit verschiedensten Charakteren zusammen. Viele Kinder schleppen heutzutage einen Rucksack an Problemen mit sich herum. Aggressionsschübe, Gewaltneigung und zunehmende Enthemmung sind Teil des Verhaltens: So manchem Schüler bzw. mancher Schülerin fehlt die soziale Kompetenz, Konflikte anders als mit der Faust zu lösen. Die Lehrerinnen und Lehrer sind mit dieser Situation oftmals überfordert.

Die Täter zu dämonisieren, um sie dann abstrafen zu können und die Opfer zu bedauern, bedeutet, die Augen vor den eigentlichen Problemen zu verschließen. Denn betroffen sind letztlich alle: Opfer wie Täter, Mitschülerinnen und Mitschüler und das Lehrpersonal. Daraus ergeben sich wiederum mehrere Konsequenzen, welche sich insgesamt negativ auf alle beteiligten Personen auswirken. Lehrerinnen und Lehrer sind mit den Konfliktsituationen überfordert und können keine konkreten Handlungen setzen. Dies hat damit zu tun, dass die Lehramtsausbildung in diesem Bereich kaum bzw. nicht genügend ausbildet. Infolgedessen leidet auch die Qualität des Unterrichts, die Schülerinnen und Schüler verlieren das Interesse und werden dadurch unkonzentriert. Dies führt zu schlechteren Leistungen im Unterricht sowie in Schularbeiten und anderen Überprüfungen. Kommen zu dieser insgesamt sehr schwierigen Situation noch schlechte Noten dazu, hat dies zur Folge, dass vereinzelt Schülerinnen und Schüler die Schule meiden bzw. die Schule ganz abbrechen. Um diesen Problemen und einer Abwärtsspirale entgegenwirken zu können, müssen mehrere Bereiche geändert werden:

Derzeit liegt der Fokus im Unterricht darauf, ein akzeptables Lernklima zu schaffen. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich oft darauf konzentrieren, Konflikte zu lösen, anstatt Wissen zu vermitteln. Deswegen brauchen Österreichs Schulen mehr Support-Personal, welches am Schulstandort vertreten ist. Schulpsychologinnen und -psychologen und Vertrauenspersonen können Konfliktsituationen neutral aufnehmen und bearbeiten. Ebenfalls fällt es den Betroffenen leichter, mit dieser Person die Angelegenheit zu besprechen, da diese neutral auftreten – und die Lehrkräfte können sich auf das eigentliche Unterrichten konzentrieren.

Zweitens sollte auf der inhaltlichen Ebene die Aufmerksamkeit im Unterricht darauf gerichtet werden, wie es gelingen kann, konstruktiv und im sozialen Sinn produktiv zusammenzuarbeiten.

Wie können die soziale Kompetenz gestärkt und die Persönlichkeitsentwicklung gefördert werden? Dazu bräuchte es ein interesselgeleitetes Lernen, von Lehrpersonal, Schülerinnen und Schülern gemeinsam im partnerschaftlichen Sinn. Um dies verwirklichen zu können, muss auch die Lehrerausbildung und -weiterbildung angepasst werden. Statt nur nach einem Skandal von Gewalt an Schulen über Maßnahmen zu reden, müssen präventiv Maßnahmen gesetzt werden. Denn in der Zeit, in der darüber diskutiert wird, welche Konsequenzen nach einer Eskalation getroffen werden, hätten zahlreiche Situationen vermieden werden können, in denen Gewalt eine Rolle spielt. ●

FOTOS: ANDREA BZEROVA / GETTY IMAGES / ISTOCKPHOTO • BAKAI / ISTOCK / GETTY IMAGES PLUS • SCHÜLERUNION ÖSTERREICH



Tobias Hofstätter: Der Autor ist Bundesobmann der Schülerunion Österreich.

Kommentar zur Gewalt an Österreichs Schulen

GEDANKEN EINES LEHRERS

In letzter Zeit mehren sich Berichte über Gewaltvorfälle an Schulen – auch solche gegen Lehrkräfte. Diese Berichterstattung halte ich, so paradox es aus meinem Mund klingen mag, für erfreulich.

Die Probleme selbst gibt es seit Jahren, leider in steigendem Ausmaß, bloß wurden sie bisher weitgehend unter den Teppich gekehrt. Für Politik und Schulbehörden war es so wohl bequemer. Schulleitungen versuchen zu verhindern, dass Vorfälle dieser Art publik werden – aus Angst um den Ruf ihrer Schule, auf den sie im Wettbewerb mit anderen achten. Es wurde lang genug weggesehen, verdrängt und vertuscht.

„Die Schulen wurden auch vom Gesetzgeber im Stich gelassen. Gewaltbereite Schüler müssen wissen, welche Konsequenzen drohen. Doch es gibt keine. Es gibt keine Möglichkeit, massives Fehlverhalten zu sanktionieren.“¹

Die Quellen der anschwellenden Gewalt sind vielfältig. Ich möchte nicht der Versuchung eindimensionaler Schuldzuweisungen erliegen. Fakt ist aber, dass die Zahl der SchülerInnen wächst, die sich damit schwertun oder gar nicht willens sind, sich in eine Gemeinschaft einzuordnen, sich an Normen des sozialen Miteinanders zu halten

und Grenzen als Grenzen zu verstehen und diese zu akzeptieren.

Dass in diesem Umfeld die Rolle des Lehrers bzw. der Lehrerin extrem schwierig und belastend wird, ist längst nicht nur subjektive Meinung der Betroffenen, sondern wird auch von wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigt.

Immer mehr Eltern fordern ein energisches Eingreifen, um die Sicherheit ihrer Kinder zu gewährleisten. Immer weniger junge Menschen können sich vorstellen, sich auf unseren Beruf einzulassen. Immer weniger wollen in die Manege und sich dafür auch noch von den Rängen zurufen lassen, sie seien Minderleister.

Es gibt keine Patentrezepte, mit denen man das Problem von heute auf morgen in den Griff bekommen kann, aber Maßnahmen, die wertvolle Beiträge leisten können:

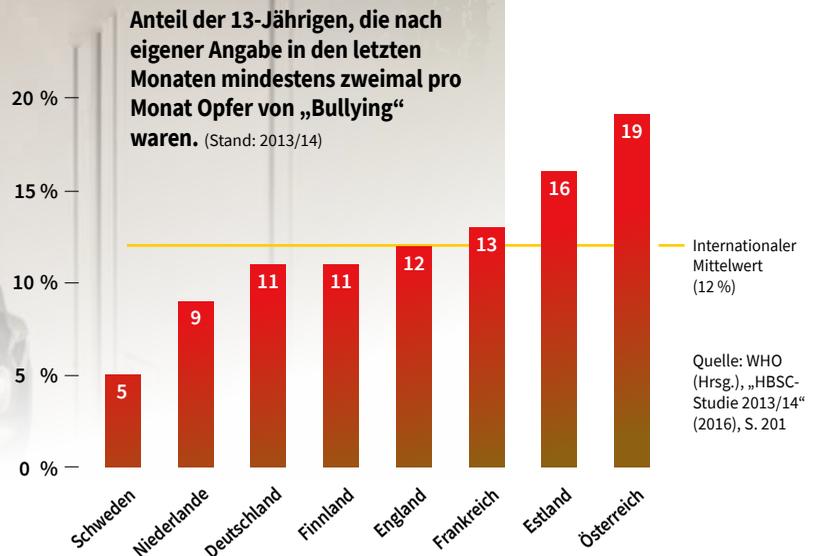
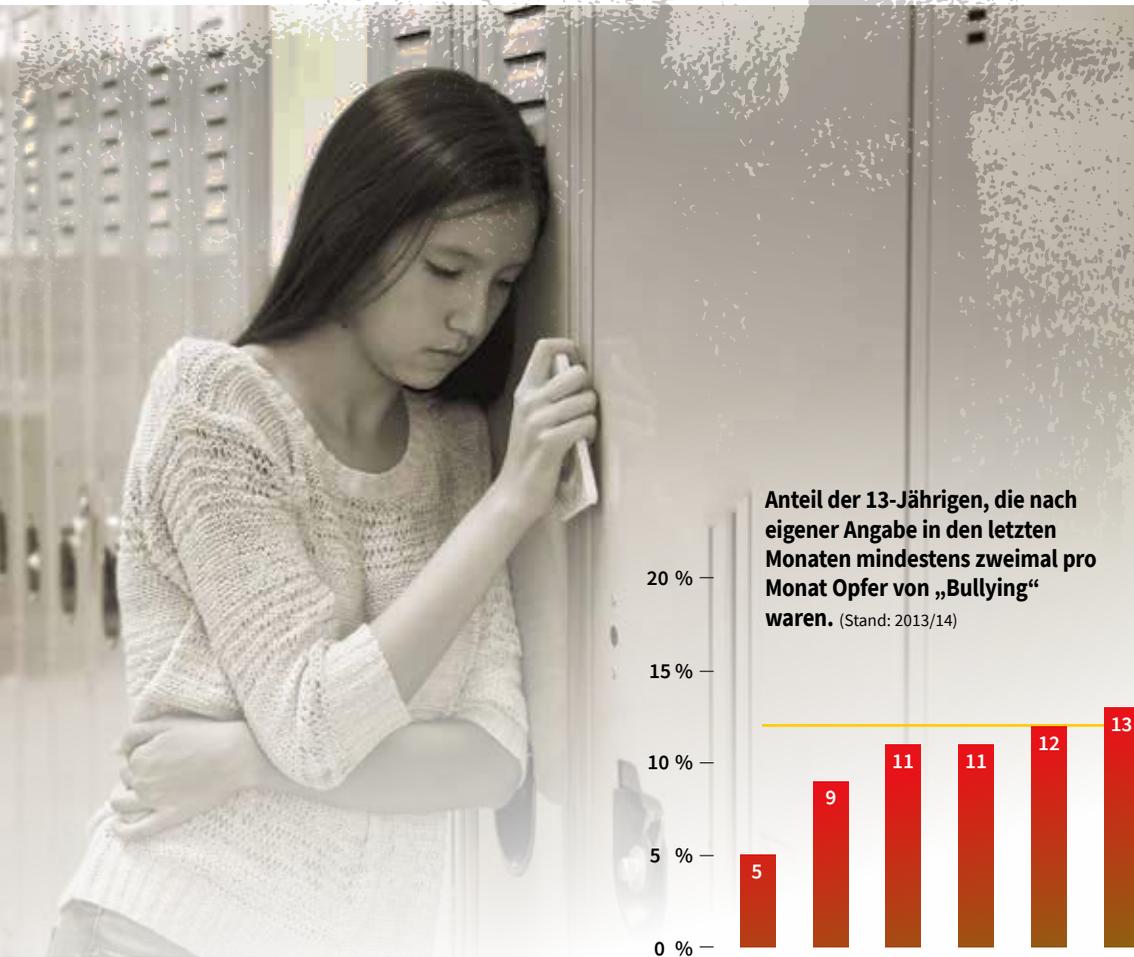
1 Ein angemessener Umgang miteinander muss oberste Priorität bekommen. Adäquates Verhalten ist unverzichtbare Basis für erfolgreiche Bildungsarbeit. Gewalt darf (auch) in Bildungsinstitutionen keinen Platz haben und auch nicht großzügig übersehen werden.

2 Wer Opfer von Gewalt wird, muss um Hilfe rufen dürfen, ohne negative Konsequenzen fürchten zu müssen. Auf Hilferufe muss adäquat reagiert werden – von jedem und jeder, insbesondere aber von Vorgesetzten.

¹ Mag. Helmut Schliesselberger, „Salzburger Nachrichten“, online, 11. 5. 2019.



Mag. Herbert Weiß: Der Autor ist Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft.



3 Schule braucht die Unterstützung der Eltern – und sei es „nur“ dadurch, dass Eltern ihren Kindern Respekt vor der Autorität der LehrerInnen vermitteln.

4 Der Gesetzgeber hat Lehrkräften Möglichkeiten einzuräumen, auf Fehlverhalten angemessen und wirkungsvoll zu reagieren. LehrerInnen verdienen und benötigen das Vertrauen, sie im Sinne der SchülerInnen einzusetzen. Kein Mensch unterstellt dem Chirurgen, dass er seine Möglichkeiten missbraucht, und will ihn deshalb an seinem Wirken hindern.

5 LehrerInnen brauchen Unterstützung, um mit Situationen fertigwerden zu können, die im Klassenverband nicht mehr zu bewältigen sind. Dass es in Österreichs Schulen im internationalen Vergleich am wenigsten Support-Personal gibt, bekam die Politik schon vor einem Jahrzehnt schwarz auf weiß dokumentiert. Doch was ist seither passiert? Nichts!

FOTOS: BAKAI/ISTOCK/GETTY IMAGES PLUS · STIPHANLEMIERE/GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

6 Schulen können nicht alle Probleme lösen, die in sie hineingetragen werden. Statt Schulen heillos mit ihnen zu überfordern und Unterricht zu verunmöglichen, müssen Schulen außerschulische Institutionen zu Hilfe rufen können, die sich dieser Probleme annehmen und sie der Schule abnehmen. Diese Institutionen müssen ebenso unverzüglich zur Stelle sein wie ein Notarzt, wenn nach ihm gerufen wird.

Es ist höchste Zeit, diese Schritte zu setzen, statt sich in Beschwichtigungen zu ergehen. Hätte man auf die mahnenden Worte der Lehrervertretung früher gehört, wären sie schon längst gesetzt worden. Ich freue mich, wenn das Vertuschen ein Ende findet, und danke Medien, die durch ihre Berichterstattung dazu beitragen, dass die Politik hoffentlich zum Handeln gezwungen wird. ●

Dieser Kommentar ist in gekürzter Form auch im Nachrichtenmagazin „News“, Ausgabe 19/2019, 10. 5. 2019, erschienen.



ES GIBT NOCH IMMER VIEL ZU TUN

Tatsache ist: Das Gleichbehandlungsgesetz wurde bereits 1979 erlassen, das Bundesgleichbehandlungsgesetz (B-GBG) 1993. Tatsache ist leider auch, dass wir in beiden Bundesgleichbehandlungskommissionen (B-GBK) Senat I und Senat II noch immer viele Beschwerdefälle zu „behandeln“ haben.

VON MONIKA GABRIEL UND MAG. URSULA HAFNER

Die Bundesgleichbehandlungskommission (B-GBK) unterstützt und überprüft auf Antrag der Beschwerdeführerin bzw. des Beschwerdeführers die Einhaltung der Gleichbehandlung im Bundesdienst. Die B-GBK, die im Bundeskanzleramt eingerichtet ist, ist eine besondere Verwaltungseinrichtung des Bundes, die wegen Diskriminierungen im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis zum Bund „angerufen“ werden kann. In zwei Senaten befasst sie sich mit allen Fragen, die die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die Frauenförderung und die Gleichbehandlung ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder der Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Orientierung im Bundesdienst betreffen. Auf Antrag oder von Amts wegen erstellen die Senate Gutachten, ob eine Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes vorliegt. Senat I prüft darüber hinaus die Einhaltung des Frauenförderungsgebotes. Die Zuständigkeit des Senats I umfasst die Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Mitglieder im Senat für die GÖD sind Monika Gabriel und Susanne Schubert. Im Senat II werden Anträge bezüglich der Verletzung des

FOTOS: DEAGREEZ/GETTY IMAGES/STOCKPHOTO • ANDI BRÜCKNER

Gleichbehandlungsgebotes betreffend ethnische Zugehörigkeit, Religion oder Weltanschauung, Alter oder sexuelle Orientierung behandelt. Die GÖD ist dort mit Frau Mag. Ursula Hafner und Frau Dr. Andrea Eisler vertreten. Vorsitzende des Senats I der B-GBK ist Frau Mag. Ingrid Löscher-Weniniger. Vorsitzende des Senats II der B-GBK ist Frau Dr. Silvia Baldinger.

Wenn sich jemand diskriminiert fühlt, hat er/sie die Möglichkeit, „Beschwerde“ bei der (zuständigen) B-GBK einzureichen. Ratsam wäre, wenn er/sie sich im Vorfeld mit der/dem jeweiligen Frauen- oder Gleichbehandlungsbeauftragten im Ressort oder uns als GÖD-Funktionärinnen berät.

Nach dem schriftlichen Einreichen der Beschwerde durch den/die Beschwerdeführer/-in möglichst samt Beweisen und Unterlagen wird der Dienstgeber oder die Dienstgeberin von der B-GBK aufgefordert, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. In weiterer Folge findet die mündliche B-GBK-Sitzung statt, wo beide Seiten die Möglichkeit haben, ihre Standpunkte darzustellen. Unmittelbar nach der Sitzung stellen die Mitglieder der B-GBK fest, ob und in welcher Form eine Diskriminierung vorliegt.

„EMANZIPATION bedeutet a) Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit; Selbstständigkeit; Gleichstellung b) rechtliche und gesellschaftliche GLEICHSTELLUNG (der Frau mit dem Mann).“ QUELLE: DUDEN

BUNDESGLEICHBEHANDLUNGSGESETZ

Danach wird ein Gutachten erstellt, das die Antragstellerin bzw. der Antragsteller und die Dienstbehörde nach Fertigstellung erhalten. Wünschenswert wäre, dass damit sichergestellt ist, dass sich solche Diskriminierungsfälle im entsprechenden Ressort nicht wiederholen. Leider sind manche Ressorts diesbezüglich ein wenig beratungsresistent.

Feedback einer Kollegin auf unsere ehrenamtliche Arbeit: „Mit dem Gutachten, das unsachliches Procedere bei der Personalentscheidung und Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes zu meiner Benachteiligung durch ‚XXX‘ bei meiner Bewerbung für eine Führungsfunktion festgestellt hat, habe ich bei der ‚XXX‘ einen Antrag auf Schadenersatz gestellt. Eine etwaige finanzielle Entschädigung durch die ‚XXX‘ kann die erlebte Beeinträchtigung kaum gutmachen und das erschütterte Vertrauen nicht wiederherstellen. Vielmehr hat aber schon das Tätigkeitwerden Ihrer Kommission, die sich verpflichtet, Entscheidungen zu objektivieren und Recht herzustellen, dazu beigetragen, meine



Monika Gabriel: Die Autorin ist GÖD-Vorsitzenden-Stellvertreterin und Bereichsleiterin der GÖD-Frauen.



Mag. Ursula Hafner: Die Autorin ist GÖD-Bereichsleiterin Familie.

‚Opferrolle‘ zu beenden, die nach der Einbringung meines Antrages auf Einleitung eines Verfahrens nach dem Bundes-Gleichbehandlungsgesetz sogar noch verstärkt worden war, indem die ‚XXX‘ mich in einer Stellungnahme abwertend beschrieben hat, indem ein dem Verfahren beigezogener Kollege sich nach seinen Worten verpflichtet gefühlt hat, weitere Kollegen über das Verfahren zu informieren, mir in Folge innerhalb meiner Dienststelle distanzierte Ablehnung entgegengebracht wurde und so weiter. Ich danke Ihnen und den Mitgliedern des Senates I letztlich natürlich auch für die Feststellung, dass die ‚XXX‘ eine Personalentscheidung getroffen hat, die nicht sachlich fundiert war und durch die ich diskriminiert und benachteiligt wurde. Es ist quasi gar nicht abzuschätzen, wie sehr Ihre Entscheidung meine körperliche wie seelische Gesundheit ‚gerettet‘ hat, indem ich die erlebte Beeinträchtigung nun mit einigen klaren Statements abschließen kann.

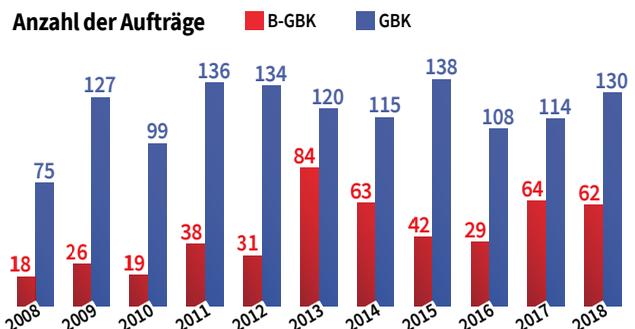
Die ‚XXX‘ hat mich als bestgeeignete Bewerberin benachteiligt. Die Ohnmacht ist nun beendet. Ich bin kein Opfer mehr.“ ●

Beschwerdefälle

Jahr	B-GBK Senat I			B-GBK Senat II		
	w	m		w	m	
2012	29	25	4	6	1	5
2013	35	25	10	49	5	44
2014	27	15	12	36	3	33
2015	16	13	3	26	3	23
2016	16	9	7	13	2	11
2017	28	21	7	36	6	30
2018*	20	15	5	25	7	18
Gesamt	171	123	48	191	27	164

Bilanz 2008–2018

Bundes-Gleichbehandlungskommission (B-GBK) und Gleichbehandlungskommission (GBK)¹



Quelle: www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/frauen/gleichbehandlung/gleichbehandlungs-kommissionen/bundes-gleichbehandlungskommission.html

¹ In Österreich sind zwei Kommissionen zur Überprüfung von Fragen, die mögliche Diskriminierungen aufgrund der Gleichbehandlungsgesetze betreffen, eingerichtet: Die Bundes-Gleichbehandlungskommission ist im Bundeskanzleramt eingerichtet. Sie ist eine besondere Verwaltungseinrichtung des Bundes, die wegen Diskriminierungen im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis zum Bund angerufen werden kann. Die Gleichbehandlungskommission ist den Arbeits- und Sozialgerichten und den Zivilgerichten als besondere Einrichtung zur Seite gestellt.

BESOLDUNGS- REFORM 2019

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat einige Aspekte der Besoldungsreform 2015 als europarechtswidrig erkannt. Die GÖD verhandelt über eine Sanierung und ist auf gutem Weg, ihre zentralen Forderungen durchzusetzen.



Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte in der Vergangenheit (Fall Hütter, 18. Juni 2009) die Nicht-Anrechnung von Vordienstzeiten vor dem 18. Geburtstag als altersdiskriminierend verurteilt. Fünf Jahre später entschied der EuGH (Fall Schmitzer, 14. November 2014), dass auch der erfolgte Reparaturversuch die Altersdiskriminierung nicht beseitigte. Es wurden zwar Vordienstzeiten vor Vollendung des 18. Lebensjahres berücksichtigt, die Auswirkung jedoch durch die Verlängerung des ersten Vorrückungszeitraums von zwei auf fünf Jahre weitestgehend neutralisiert und durch die Wahlmöglichkeit für zum Zeitpunkt der Besoldungsreform 2010 im



Mag. Dr. Eckehard Quin: Der Autor ist Präsidiumsmitglied und Leiter des Bereichs Dienstrecht und Kollektivverträge in der GÖD.

Dienst befindliche Personen zwei Gruppen von Bediensteten geschaffen.

Durch die mit 12. Februar 2015 in Kraft getretene „Bundesbesoldungsreform 2015“ sollte die erforderlich gewordene Anpassung ans Unionsrecht bewirkt werden. Ein Kernstück dieser Reform ist die Überleitung bestehender Dienstverhältnisse auf Basis einer pauschalen Festsetzung des Besoldungsdienstalters. Für diese pauschale Festsetzung war das volle Gehalt maßgebend, das im Februar 2015 bezogen wurde („Überleitungsbetrag“). Mit dem Besoldungsrechtsanpassungsgesetz 2016 wurden die Regelungen betreffend Vorrückungsstichtag rückwirkend bis 1948 im Vertragsbedienstetengesetz und bis 1956 im Gehaltsgesetz außer Kraft gesetzt.

Die Entscheidungen des EuGH in diesem Zusammenhang vom 8. Mai 2019 enthalten folgende zentrale Punkte:

- Eine nationale Regelung, mit welcher ein altersdiskriminierendes Besoldungssystem durch ein neues Besoldungssystem ersetzt wird und sich

FOTO: FIZKES/GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO



Eine Neuregelung des Besoldungssystems darf für niemanden zu Verlusten in der Lebensverdienstsumme führen, lautet eine zentrale Forderung der GÖD.

der Europäischen Union, dass Vordienstzeiten, die in einem Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft oder zu einem Gemeindeverband eines Mitgliedstaats des Europäischen Wirtschaftsraums, der Türkischen Republik oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, zu einer Einrichtung der Europäischen Union, zu einer zwischenstaatlichen Einrichtung, der Österreich angehört, oder zu ähnlichen Stellen zurückgelegt wurden, zur Gänze angerechnet werden, während alle anderen Vordienstzeiten nur im Ausmaß von bis zu zehn Jahren angerechnet werden und nur sofern sie einschlägig sind.

Bereits am 8. Mai fanden erste Gespräche zwischen Dienstgeberseite und GÖD über die Möglichkeit der rechtlichen Sanierung statt. In mehreren Gesprächs- und Verhandlungsrunden

und in einem Gespräch mit BM Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA am 17. Juni konnten wir erreichen, dass unsachliche Regelungen korrigiert und folgende zentrale GÖD-Forderungen berücksichtigt werden:

- Es muss möglichst rasch eine europarechtskonforme, diskriminierungsfreie Rechtslage geschaffen werden.
- Durch das alte System diskriminierte KollegInnen müssen entschädigt werden.
- Eine Neuregelung darf für niemanden zu Verlusten in der Lebensverdienstsumme führen.

die Einstufung der Übergeleiteten im neuen System nach dem im alten (altersdiskriminierenden) System berechneten Gehalt richtet, setzt die Diskriminierung fort und ist daher europarechtswidrig.

- Eine nationale Regelung, die den Umfang der Kontrolle, die von den nationalen Gerichten ausgeübt werden kann, einschränkt, indem Fragen im Zusammenhang mit der Grundlage des anhand des alten Besoldungs- und Vorrückungssystems berechneten „Überleitungsbetrags“ ausgeschlossen werden (Besoldungsrechtsanpassungsgesetz 2016), widerspricht u. a. der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

- Solange es kein europarechtskonformes System gibt, sind den DienstnehmerInnen, die vom früheren System diskriminiert wurden, hinsichtlich der vor dem 18. Lebensjahr zurückgelegten Vordienstzeiten sowie hinsichtlich der Vorrückung dieselben Vorteile zu gewähren wie den durch das alte System begünstigten Personen.

- Es widerspricht der europarechtlich gebotenen Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen innerhalb



Dipl.-Päd. Daniela Eysn, MA: Die Autorin ist Präsidiumsmitglied und Leiterin des Bereichs Besoldung in der GÖD.

Wir schreiben diese Zeilen am 18. Juni. In den kommenden Tagen werden von der Dienstgeberseite Gespräche mit den parlamentarischen Klubs geführt werden mit dem Ziel, dass die notwendigen Gesetzesänderungen noch vor der Sommerpause beschlossen werden können. Da niemand das Ergebnis des „freien Spiels der Kräfte“ im Parlament vorhersagen kann, werden wir über Details der Regelung erst nach einer Beschlussfassung berichten können. ●

SICHERHEIT



*Der unentgeltliche
GÖD-Rechtsschutz
bietet Mitgliedern
anwaltliche Unter-
stützung in Straf-,
Disziplinar- und Zivil-
rechtsverfahren.*

DURCH RECHTSSCHUTZ

Der Rechtsschutzbericht der GÖD-Rechtsabteilung für das Jahr 2018 macht wieder deutlich, wie wichtig und erfolgreich diese Serviceeinrichtung für Mitglieder ist.

Jedes Jahr wird von der Rechtsabteilung – nach der Zahl der Beschäftigten die größte Abteilung der GÖD – der Rechtsschutzbericht – erstellt. Darin erfolgt eine Auswertung der im vorangegangenen Jahr geführten bzw. abgeschlossenen Verfahren. Erfolg ist nicht allein an der Anzahl der geführten Prozesse, erteilten Rechtsauskünfte, Anzahl der angenommenen Anrufe (pro Tag über 100 Anrufe) oder Menge der eingelangten Schriftstücke (über 10.000 Schreiben im Jahr) zu messen. Der für Mitglieder der GÖD erkämpfte Betrag ist jedenfalls ein Gradmesser für Erfolg. Im Jahr 2018 konnten über 5,5 Millionen Euro an Nachzahlungen für die Mitglieder erzielt bzw. gegen sie geltend gemachte Forderungen abgewehrt werden – eine neue *Rekordsumme!*

Voraussetzung für die Gewährung des unentgeltlichen Rechtsschutzes ist, dass der Rechtsfall im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Dienstverhältnis oder mit der Tätigkeit als Mandatar bzw. Mandatarin der Personalvertretung bzw. Betriebsrat steht. Eine weitere Voraussetzung ist, dass vor Eintritt des Anspruch begründenden Sachverhaltes bereits sechs Monate Mitgliedsbeiträge geleistet wurden. Mit dieser Bedingung soll verhindert werden, dass Beschäftigte, die erst dann Mitglied der GÖD werden, wenn sie Rechtsschutz benötigen, bereits diese Serviceleistung in Anspruch nehmen können, da dies gegenüber der Solidargemeinschaft der Mitglieder nicht gerecht wäre. Der gewährte Rechtsschutz erlischt, wenn während des jeweils bewilligten Verfahrens die Gewerkschaftsmitgliedschaft beendet wird.

Die GÖD-Rechtsabteilung erreicht in vielen Fällen bereits durch die Beschreitung des Interventionsweges entsprechende Erfolge, ohne ein formelles Verfahren einleiten zu müssen. Natürlich muss dennoch immer wieder der Rechtsweg beschritten werden. Im Jahr 2018 wurde eine große Anzahl

von Sozialgerichtsverfahren vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien bzw. in den übrigen Bundesländern vor den einzelnen Landesgerichten geführt. Hier wird unter anderem die Anerkennung eines Unfalles als Arbeitsunfall bzw. Dienstunfall eingeklagt. In vielen Fällen wird das Vorliegen eines solchen Unfalles vom Sozialversicherungsträger zwar anerkannt, jedoch die Schwere der Verletzungsfolgen sowie deren Auswirkungen bestritten und somit die Gewährung oder Weitergewährung einer (befristeten) Versehrtenrente abgelehnt. Die Anerkennung von Versicherungszeiten als Schwerarbeitszeiten, welche eine Pensionierung vor dem 65. Lebensjahr mit geringeren Abschlägen ermöglicht, kann ebenfalls in einem solchen

Verfahren geltend gemacht werden. Die Durchsetzung von Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspensionen sowie die Gewährung von Pflegegeld gehören ebenfalls zu jenen Sozialgerichtsverfahren, die von den Juristinnen und Juristen der GÖD-Rechtsabteilung geführt werden. Weiters werden von ihnen Klagen in Arbeitsrechtsangelegenheiten eingebracht, wo vor allem die Nichtgewährung von Entgeltbestandteilen geltend gemacht wird, aber auch die Beendigung des Dienstverhältnisses durch Kündigung und Ent-

lassung durch den Dienstgeber bekämpft wird. Im Rahmen dieser beiden Verfahrenstypen wurden letztes Jahr knapp 280 Gerichtsverhandlungen in ganz Österreich geführt und über 190 Klagen eingebracht. Von 42 im Berichtsjahr beendeten Arbeitsgerichtsprozessen konnten 25 erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Vertretung von Beamtinnen und Beamten in Dienstrechtsverfahren stellt eine weitere Haupt-



Mag. Martin Holzinger: Der Autor ist Leiter der Rechtsabteilung der GÖD.



Stark und erfolgreich: Der GÖD-Rechtsschutz stellt einen deutlichen Mehrwert der GÖD-Mitgliedschaft dar.

aufgabe dar. Nachdem von der Dienstbehörde ein Bescheid erlassen wird (vom Amtes wegen oder auf Antrag), kann dieser beim Bundesverwaltungsgericht bzw. bei den Landesverwaltungsgerichten mittels Beschwerde bekämpft werden. Gegen negative Entscheidungen der Verwaltungsgerichte (ebenso Bundesfinanzgericht für Abgaben Finanzstrafsachen) kann das Rechtsmittel der außerordentlichen Revision an den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) oder Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) erhoben werden. Im letzten Jahr wurden 88 Verfahren vor dem VwGH beendet, wobei mehr als die Hälfte dieser Verfahren mit der Aufhebung der bekämpften Bescheide endeten. Dies bedeutet einen großen Erfolg für unsere Mitglieder auch im Sinne der Rechtsentwicklung des Dienst- und Besoldungsrechtes. Im Gegensatz zu den außerordentlichen Revisionen werden nur relativ wenige Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof erhoben. Dieser Umstand lässt sich dadurch erklären, dass eine Verletzung verfassungsrechtlicher Bestimmun-

„Über 5,5 Millionen Euro konnten 2018 dank des GÖD-Rechtsschutzes für Mitglieder erkämpft werden.“

MAG. MARTIN HOLZINGER

gen (z. B. Gleichheitsgrundsatz, Diskriminierungen) oftmals nur schwer argumentierbar ist bzw. der VfGH bereits im Rahmen einer ersten Überprüfung mittels Beschluss entscheidet, dass die Behandlung der Beschwerde abgelehnt wird, was er dann tut, wenn seiner Einschätzung nach keine hinreichende Aussicht auf Erfolg vorliegt oder von der Entscheidung die Klärung einer verfassungsrechtlichen Frage nicht zu erwarten ist. Letztendlich kann auch die Säumigkeit der Behörde bei der Entscheidungsfindung mit rechtlichen Mitteln im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes geltend gemacht werden.

Erfolgsquote bei fast 90 Prozent

In Straf- und Disziplinarverfahren sowie bei Zivilprozessen wurde im Jahr 2018 über 1500 Mitgliedern kostenlose anwaltliche Unterstützung im Rahmen des GÖD-Rechtsschutzes unter Berücksichtigung der Bedingungen des Rechtsschutzregulativs des ÖGB zur Verfügung gestellt. Während die Zahl der Zivilprozesse stark gestiegen ist, wo insbesondere Schadensersatzansprüche (Schmerzensgeld und Verdienstentgang) für Mitglieder eingeklagt werden, ist die Zahl der gegen Mitglieder eingeleiteten Straf- und Disziplinarverfahren rückläufig. Von den 253 beendeten Strafverfahren konnte in 224 Fällen ein Freispruch oder die Einstellung des Verfahrens erreicht werden. Hier liegt die Erfolgsquote somit bei fast 90 Prozent! Bei Disziplinarverfahren konnte mehr als die Hälfte mit einem Freispruch oder Einstellung des Verfahrens, ein weiterer Teil der Disziplinarverfahren mit einem Schuldspruch ohne Strafe oder einem Verweis beendet werden. Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof werden im Rahmen des Rechtsschutzes der GÖD ebenfalls unterstützt, da wiederholt die EU-Konformität der innerstaatlichen Gesetze zu prüfen ist.

Der Rechtsschutzbericht macht deutlich, dass im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes sowohl durch Interventionen bei Behörden als auch durch die Führung von (Gerichts)verfahren viele Erfolge verzeichnet werden können. Der Rechtsschutz stellt eine Serviceleistung dar, die für GÖD-Mitglieder einen deutlichen Mehrwert ihrer Mitgliedschaft bedeutet. Private Rechtsschutzversicherungen bieten bei den genannten Verfahrensarten oftmals den Rechtsschutz nicht in jenem Umfang an, wie ihn die GÖD bietet! ●

FOTO: DJILEDISIGN/GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

Good news – bad news?

Lernen zu dürfen, sollte man meinen, ist ein „Privileg“, das SchülerInnen gerne annehmen. Doch die Realität an Schulen zeigt leider ein anderes Bild.

Mit großem Interesse habe ich im April 2019 in der FAZ den Beitrag „Die Welt wird immer besser“ gelesen. Unter anderem schrieb der Autor Hans Rosling über die Schulbildung: *„Wenn Frauen eine schulische Bildung haben, geschehen in den Gesellschaften ganz wunderbare Dinge. Die Erwerbsbevölkerung wird vielfältig, die Beschäftigten können bessere Entscheidungen treffen und mehr Probleme lösen. Dennoch gibt es noch Geschlechterunterschiede in Bezug auf Bildung in den extrem armen Ländern der Erde, besonders hinsichtlich der weiterführenden Schulbildung und der Hochschulbildung.“*

In Österreich gibt es die kostenlose Schulpflicht. Unsere Schülerinnen und Schüler erhalten von der Volksschule über NMS oder Gymnasium bis inklusive dem 9. Pflichtschuljahr im BMHS-Bereich zahlreiche Unterstützungen wie zum Beispiel Schulbücher oder Schülerfreifahrt mit einem geringen Selbstbehalt. Selbst als „OberstufenschülerInnen“ (bis zur absolvierten Matura) beziehen unsere Kinder sozialstaatliche Leistungen. *Lernen zu dürfen*, sollte man meinen, ist ein „Privileg“, das wohl alle Schülerinnen und Schüler gerne mit voller Aufmerksamkeit, Respekt und Freude annehmen. Leider berichten die FachexpertInnen in den Schulen, unsere Pädagoginnen und Pädagogen, nur zum Teil von „freudiger Annahme“ des Lehrstoffes durch die SchülerInnen.



Monika Gabriel:
GÖD-Vorsitzenden-
Stellvertreterin und
Bereichsleiterin der
GÖD-Frauen

Feedback
per E-Mail an:
[monika.gabriel@
goed.at](mailto:monika.gabriel@goed.at)

FOTO: ANDI BRUCKNER

Respektlosigkeit bis hin zu (tätlichen) Gewaltausbrüchen gegenüber den Unterrichtenden kommen mittlerweile immer häufiger vor. Das hören und lesen wir auch in den Medien.

Die Statistik Austria lässt uns wissen, dass das österreichische Bildungsniveau insgesamt ständig steigt und die geschlechtsspezifischen Unterschiede weiter abnehmen. 50,7 Prozent der jungen Frauen legten 2016/17 die Matura ab – und 35,7 Prozent der jungen Männer. Bei den Lehrabschlüssen zeigt sich ein anderes Bild: 60,1 Prozent Männer und 39,9 Prozent Frauen schließen die Lehre erfolgreich ab. Zurzeit besuchen fast 302.000 männliche und etwa 291.000 weibliche SchülerInnen eine BMHS; etwa 218.000 männliche und 261.200 weibliche SchülerInnen besuchen ein Gymnasium bzw. eine AHS. Von den vielen tausenden Schülerinnen und Schülern, die „froh sind, lernen zu dürfen“, und respektvoll mit Erwachsenen umgehen – und diese selbstverständlich umgekehrt auch mit ihnen –, hören und lesen wir selten.

Leider gilt auch hier „Bad news are good news“. Oft genügt ein verdorbener Apfel, der alle anderen Äpfel auch verderben lässt. Aber der eine „verdorbene Apfel“ könnte auch rechtzeitig „in eine andere Schüssel“ aussortiert werden, um Gewalt rechtzeitig an den Schulen zu verhindern. Sanktionsmöglichkeiten wären notwendig, meint Ihre Monika Gabriel. ●

„DU BIST NOCH AUF FACEBOOK?“

Das einstige Lieblingsnetzwerk „Facebook“ wird im Vergleich zu anderen Plattformen von jüngeren Generationen immer weniger häufig genutzt. Wie unterscheidet sich das Nutzerverhalten von Kindern und Jugendlichen im Vergleich zu älteren Generationen?

Rund 88 Mal am Tag schalten wir im Durchschnitt den Bildschirm unseres Smartphones ein. Bei 16 Stunden Wachphase unterbrechen wir eine Tätigkeit somit alle 18 Minuten täglich.¹ Gerade jüngere Generationen nutzen diese Unterbrechungen für den ein oder anderen Blick in die sozialen Medien. Die Konfrontation mit der Diskrepanz zwischen den digitalen Medien und dem realen Leben beginnt damit schon in frühem Alter.

In einer vom „Rat für Kulturelle Bildung“ veröffentlichten Studie² nutzen 12- bis 19-Jährige das kostenlose Videoportal YouTube bereits am zweithäufigsten. WhatsApp belegt in der Benutzerstatistik in dieser Zielgruppe mit 92 Prozent den ersten Platz, dicht gefolgt von Instagram und Facebook (je 61 Prozent) auf dem dritten Platz. Gerade jüngere Generationen können sich auf diesen Plattformen jenseits der Handlungszwänge des Alltags entfalten; sie gelangen jedoch schnell in das Spannungsfeld zwischen Verhaltensweisen in der digitalen Welt und dem „echten“ Leben.

Digitaler Schaufensterbummel

Es ist keine Seltenheit, dass gerade jüngere Nutzerinnen und Nutzer sich auf digitalen Plattformen in einer Art und Weise präsentieren, die im starken Gegensatz zur alltäglichen Lebenswelt steht. Das digitale Ich entspricht dabei oft nicht dem Alltag, sondern vermeintlichen Wunschvorstellungen. Die Fotoplattform Instagram gleicht einem digita-



Anja-Therese Salomon, MSc (WU): Die Autorin ist verantwortlich für Multimedia, Presse und PR im Bereich des GÖD-Vorsitzenden.

len Schaufensterbummel für Gleichaltrige und Berühmtheiten ohne textlastige Meldungen. Durch die Bildsprache gewinnen gerade jüngere Nutzerinnen und Nutzer mediale Bezugspersonen, die oft zu Vorbildern werden und damit zur Identitätskonstruktion beitragen können.

Soziale Medien als NachhilfelehrerIn

Plattformen in den sozialen Medien werden nicht ausschließlich zur Vernetzung oder für Unterhaltungszwecke genutzt: Video-Plattformen wie etwa YouTube werden vor allem von jüngeren Generationen zum Lernen als audiovisuelles Medium herangezogen. Multimedia-Formate werden

damit zum Erklärmedium bei schwierigen Hausaufgaben. Kinder und Jugendliche bilden sich somit immer häufiger in den sozialen Medien weiter, und das in immer früherem Alter. Die Förderung der Fähigkeiten der kritischen Auseinandersetzung mit digitalen Inhalten sowie das Erkennen von Falschmeldungen werden damit bereits im frühen Alter immer wichtiger. ●

¹ Ergebnisse der Studie „Menthal-Projekt“ der Universität Bonn, Datengrundlage: rund 60.000 Smartphone-User.

² Die Stichprobe besteht aus 818 deutschsprachigen Jugendlichen im Alter von zwölf bis 19 Jahren.



BVA

Rechnungen bei der BVA einreichen

Handysignatur: schnell, bequem, sicher

Nutzen Sie unseren neuen Online-Service! Alles Wissenswerte auf einen Blick.

Die BVA bietet Ihnen ihre Online-Services mit höchster Sicherheitsstufe unter dem Button „MeineSV“ auf www.bva.at an. Der mit Abstand meistgenutzte Service „RECHNUNG(EN) BEI DER BVA EINREICHEN“ – allgemein auch „Kostenerstattung einreichen“ genannt – steht Ihnen ab Mitte Juni 2019 in einer weiterentwickelten Version zur Verfügung. Es handelt sich dabei um ein Formular, welches online auszufüllen ist.

Was ist neu beim Einreichen der Kostenerstattung über „MeineSV“?

Die weiterentwickelte „MeineSV“-Servicevariante nach Login mittels Handy-

signatur oder Bürgerkarte ist deutlich kompakter als ihr Vorgänger. Dies bedeutet im Wesentlichen, dass nur mehr ein Feld verpflichtend befüllt werden muss. Im Detail handelt es sich dabei um die Angabe der Kontaktdaten (wahlweise Telefonnummer und/oder E-Mail-Adresse), Kontodaten (IBAN und Kontoinhaber) sowie eventuelle Anmerkungen können zusätzlich erfasst werden. Danach sind die erforderlichen Beilagen hochzuladen.

Erfahrene Benutzer greifen vor dem Einfügen der Beilagen auf die Komfortfunktion „Zwischenspeichern“ zurück. Das ausgefüllte Formular wird damit lokal abgespeichert. Dafür einen eigenen Speicherort auf der lokalen Festplatte vorzusehen, erleichtert das spätere Auffinden. Bei Aufruf der Funktion „Daten laden“ kann das gespeicherte Formular beim nächsten Kostenerstattungsantrag via „MeineSV“ bereits vorausgefüllt in den neuen Antrag geladen werden. Die vorbefüllten Felder können dann im Bedarfsfall einzeln noch abgeändert und gegebenenfalls wieder neu zwischengespeichert werden. Das war's dann auch schon: Beilagen einfügen und absenden! Selbstverständlich gilt auch dieser neue – vereinfachte – Service unter „MeineSV“ als zusätzliche Dienstleistung der BVA. Der direkte Link zum Login und dem Formular lautet: <http://www.bva.at/ke>. Sollten Sie (noch) keine Handysignatur haben, steht Ihnen eine abgeänderte, etwas umfangreichere Druckvariante des Formulars außerhalb von „MeineSV“ unter www.bva.at zur Verfügung. Sie können aber auch Ihre digitale Handysignatur – bitte nach vorheriger telefonischer Terminvereinbarung unter 05 04 05 – kostenlos in Ihrer Landes- oder Außenstelle der BVA aktivieren. Bitte bringen Sie einen amtlichen Lichtbildausweis (Reisepass oder Führerschein) und das Handy mit. Die Registrierung dauert zehn bis 15 Minuten. ●



**Für Ihre Gesundheit
Versicherungsanstalt
öffentlich Bediensteter**

**BVA-Servicenummer:
05 04 05
Besuchen Sie uns
auch im Internet:
www.bva.at**

Meinung des Vorsitzenden

Auch wenn es in anderen Bereichen holprig zugeht, sind wir laut Statistik in der Sparte Pensionsantrittsalter Weltmeister, mit einem tatsächlichen Antrittsalter von 60,8 Jahren, und das im Jahr 2018. Das Antrittsalter ist deshalb angestiegen, weil die Pensionsreformen der Vergangenheit zu greifen beginnen. Die Beamten sind mit einem um fast ein Jahr gestiegenen Antrittsalter wieder Vorreiter, dies bleibt aber in den Meldungen ebenso unerwähnt wie die Tatsache, dass es bei den Vorleistungen zur Pension im Gegensatz zum ASVG keine Höchstbeitragsgrundlage gibt.

Frühpensionen gibt es dagegen immer noch. Laut statistischer Aussage wird dabei auch die gesetzlich vorgesehene Kürzung in Kauf genommen. Bei der jährlichen Pensionsanpassung allerdings und letztlich bei den Mindestrenten schaut nach der derzeitigen Rechtslage immer noch mehr heraus als für die übrigen Pensionisten.

Quasi selbstverständlich werden wir darauf hingewiesen, dass der Staat jährlich bedeutende Zuschüsse zu den Pensionen zu leisten hat, und es wird zur Beruhigung auch mitgeteilt, dass die nächsten Jahre ausfinanziert seien, obwohl ich Zweifel hege, dass das Älterwerden tatsächlich in ganzer Form berücksichtigt wird. Laut Statistik droht erst ab 2040 die nächste Finanzierungslücke, und auch hier habe ich größere Zweifel an der Richtigkeit.

Bis dahin wird uns die Digitalisierung gänzlich in Beschlag genommen haben.



<https://goed.penspower.at>

Ich will mich hier nicht in Details verlieren, wenn überall nachgedacht wird, wie und mit welchem Aufwand wir ein gänzlich neues Leben und eine andere Umwelt schaffen werden, wenn es dafür nicht schon zu spät ist. Wenn diese Verwirklichungen hineingezaubert werden, ist immer zu beachten, dass der Mensch, der diese funktionierende Technik geschaffen hat, nicht durch diese ersetzt wird.

Dazu möchte ich – und bitte um Entschuldigung, dass ich dazu entgegen meiner Versprechung ins Detail gehe – auf ein Programm eines steirischen Sozialvereines eingehen, der einen Roboter namens „Pepper“, der speziell auf Demenzkranke programmiert ist, einsetzt, und das mit sehr zufriedenstellendem Erfolg. Dieser Roboter ist etwas über einen Meter groß, wiegt 28 Kilo, kann hören und sprechen und erkennt, dank seiner Sensoren, ob ein Mensch in seiner Nähe ist. Programmiert ist er derart, dass er auf menschliche Gestik und Sprache reagiert.

Da beschleicht einen doch ein eigenartiges Gefühl, wenn man darüber nachdenkt, was jetzt und in Zukunft so programmiert wird, und sich dann weigern könnte, den Stecker gezogen zu bekommen. Energie kommt zwar aus der Steckdose, aber sie ist nicht unendlich vorhanden, und in aller Bescheidenheit möchte ich darauf hinweisen, dass es bei Kerzenlicht keine Digitalisierung geben wird.

IHR DR. OTTO BENESCH

Digitalisierung: Herausforderung und Chance

Das digitale Zeitalter begann vor 100 Jahren.

asant weiterschreitet und endlos zu sein scheint. Waren es vor nicht allzu langer Zeit noch Fotoapparate mit lichtempfindlichen Filmen, von denen unter Verwendung chemischer Verfahren Bilder hergestellt werden konnten, so sind es heute Kameras von Smartphones, deren digitale Bilder und Videos weltweit über soziale Medien Verbreitung finden.

Die Digitalisierung – Auswirkung auf unser aller Leben

Der rasante technologische Wandel und die damit verbundene Digitalisierung haben alle Generationen, insbesondere jene in den demokratischen Ländern der westlichen Welt, aber auch global innerhalb weniger Jahre in ein neues Zeitalter katapultiert. Prozessoren, Mikroprozessoren und Mikrochips sind zu Herz und Hirn dieser digitalen Revolution geworden und finden in vielen Geräten Einsatz, die wir im täglichen Leben benutzen. Die Digitalisierung und der technologische Wandel haben somit größte Auswirkung auf unser aller Leben: Politik, Wirtschaft, Industrie, Geldwesen, Kommunikation, Mobilität und viele andere Bereiche. Insbesondere auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wie in der Diagnostik, der Früherkennung und Behandlung von Erkrankungen und bei Unfällen haben sie positiv zum Fortschritt beigetragen und so unsere Gesundheit im Alter und unsere Lebenserwartung gesteigert.

Allgemein wird unter Digitalisierung die Aufbereitung von Informationen zur Verarbeitung oder Speicherung in einem digitaltechnischen System verstanden.

Im Jahr 1918 gelang unter Voraussetzung einer ununterbrochenen Spannungsversorgung erstmals die papierlose Speicherung und Verarbeitung von Digitaldaten auf unbegrenzte Zeit. Die Elektronenröhre und der Transistor, der ab 1947 zur Verfügung stand, die massenhafte Speicherung und Verarbeitung in immer leistungsfähigeren Speichermedien und seit den 1970er-Jahren die Mikroprozessoren sind Meilensteine auf dem Weg in unser digitales Zeitalter. Ein Prozess, der

FOTO: DOUCEFLEUR/GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

Herzschrittmacher, digital vernetzt

Als Beispiel für die Digitalisierung auf medizinischem Gebiet sei der Herzschrittmacher erwähnt, ein elektronisches Gerät, das den „müden“ Herzmuskel anregt und dafür sorgt, dass das Herz regelmäßig schlägt. Übrigens: Das durchschnittliche Alter eines Herzschrittmacher-Patienten liegt bei 80 Jahren. Durch digitale Datenübertragung kann der Herzschrittmacher mit einem Computer verbunden werden, der Alarm schlägt, wenn der Herzschlag außer Takt gerät.

Internet, soziale Medien und Co.

Besonders erfreulich sind die positiven Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die ältere Generation, insbesondere im Bereich der sozialen Kommunikation. Statistisch betrachtet leidet in Österreich eine nicht unbedeutende Anzahl der Menschen der Generation 60+ unter Mobilitätseinschränkungen. Es geht dabei nicht nur um die Möglichkeit, Verkehrsmittel zu benutzen, sondern auch um die Bewegungsmöglichkeiten in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus. Für die Lebensqualität und die Sozialkontakte ist es insbesondere wichtig, dass Freizeitangebote genutzt, am gesellschaftlichen Leben teilgenommen und mit Freunden und Familie Kontakt gepflegt werden

kann. Bei Menschen der älteren Generation geht oft der Verlust der Mobilität mit einer gravierenden Einschränkung der Lebensqualität und der Sozialkontakte einher und bewirkt so Einsamkeit und manchmal auch den Verlust der Freude am Leben. Die Digitalisierung auf dem Gebiet der Kommunikation hat solchen Menschen ein Fenster in die Welt geöffnet, die sie nutzen können, um in Kontakt zu bleiben. Sie hat es möglich gemacht, über Smartphones zu kommunizieren, mit Familie und Freunden in Kontakt zu bleiben, über Fotos und Videos an deren Leben teilzuhaben, zu lernen, um so den eigenen Wissenshorizont zu erhalten oder zu erweitern.

Allgemein hat sich der Anteil der Nutzer der Generation 60+ von Internet und den sozialen Medien wie WhatsApp, Telegram, Facebook, Twitter, Instagram usw. bedeutend erhöht. Zwei Drittel von ihnen machen bereits Gebrauch davon.

Revolution im Bankwesen

Besondere Auswirkung hat die immer weiter fortschreitende Digitalisierung auf das Geld- und Wertpapierwesen der Banken. Viele Menschen – auch in Österreich – bekamen noch vor nicht allzu langer Zeit ihren Wochen- oder Monatslohn bar ausbezahlt. Heute landet der Lohn digital auf

FOTOS: KATARZYNA BIALASIEWICZ, ARTISTEER/GETTY IMAGES/STOCKPHOTO



Weiterbildung: Jungbrunnen im Alter!

Es ist ein offenes, von der medizinischen Forschung untermauertes Geheimnis: Lebenslanges Lernen und Bildung erhöhen die Chance auf ein selbstbestimmtes, langes und erfülltes Leben.

einem Bankkonto, und wer Bargeld haben möchte, muss es sich persönlich am Schalter seiner Bank oder von einem Bankomaten besorgen. Bank- oder Kreditkarten mit kontaktloser Bezahlfunktion sind bereits weit verbreitet und weiter im Vormarsch. Angedacht wurde auch bereits die Abschaffung des Bargeldes. Ein Gedanke, der nicht nur von allen gewerkschaftlichen Gremien, sondern auch von der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung entschieden abgelehnt wird.

Achillesferse der Digitalisierung

Trotz aller positiven Vorteile, die mit der Digitalisierung für unser aller Leben verbunden sind und die sie sicher noch für uns bringen wird, erscheint es mir doch unerlässlich, auch auf ihre „Achillesferse“ hinzuweisen: Es ist der immer größer werdende Hunger nach Energie, also nach der Stromversorgung dieser Systeme. Dass man sich darüber auch von kompetenter Seite Gedanken macht, zeigt die jüngst durchgeführte Übung zum Szenario „Blackout“. Man sollte vorsorgen, aber keine Furcht entwickeln, denn Furcht (Angst) verdeckt immer den Blick auf den Ausweg, wie uns die Zivilisationskrankheit Burn-out beweist. ●

VON JOSEF STRASSNER

Um sich in unserer digital gewordenen Welt zurechtzufinden, ist es auch für Menschen der älteren Generation von großer Bedeutung, durch ständige Weiterbildung am Puls der Zeit zu bleiben. Gelegenheit dazu bieten verschiedenste Kurse, wie beispielsweise jene des Vereins „GÖD-Penspower“ des Ausschusses Wien und österreichweit auch an den Volkshochschulen. Die GÖD unterstützt dazu ihre Mitglieder in Pension mit einem Bildungsförderungs-Beitrag von 45 Euro, der jährlich beantragt werden kann (siehe GÖD-Magazin 03/2019, Seite 43).

Mehr zum Thema Digitalisierung, deren Leitprinzipien und den Weg Österreichs in die digitale Zukunft finden Sie in der „Digitalen Roadmap Austria“ im Internet unter: www.digitalroadmap.gv.at. ●

VON JOSEF STRASSNER

Trauer um Kollegin Dr. Edith Söllner



Kollegin Dr. Edith Söllner, Mitglied der Bundesleitung der GÖD-Pensionisten, ist am 12. April 2019 nach kurzer schwerer Krankheit im 75. Lebensjahr verstorben. Die feierliche Einsegnung und die Bestattung im Familiengrab fanden unter großer Beteiligung am Dienstag, dem 7. Mai 2019, auf dem Evangelischen Friedhof Wien-Simmering statt. Dr. Edith Söllner war Juristin und begann ihre Laufbahn im Bundesdienst im Jahr 1969 als Vertragsbedienstete im damaligen Zentralbesoldungsamt. Ihr Werdegang als Beamtin führte sie in das Bundesministerium für Finanzen, wo sie als Ministerialrätin tätig war und später zur Leiterin der Abteilung II/15 bestellt wurde. Sie hat über Jahre hinweg an allen Pensionsreformen im Öffentlichen Dienst und deren legislativer Umsetzung maßgeblich mitgearbeitet. Für ihre Verdienste wurden ihr das Große Silberne Ehrenzeichen und das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Sie war seit 1987 GÖD-Mitglied, langjähriges Leitungsmitglied der Finanzgewerkschaft sowie Vorsitzende der Personalvertretung im BMF. Nach ihrem Übertritt in den Ruhestand war sie seit Jänner 1987 Mitglied unserer Interessengemeinschaft. Nach ihrem Übertritt in den Ruhestand am 1. September 2006 engagierte sie sich in der Bundesleitung der GÖD-Pensionisten. Sie war bis zuletzt Mitglied der Bundesleitung und Schriftführerin im Ausschuss Wien. Die Bundesleitung hat durch ihr Ableben eine wertvolle gewerkschaftliche Mitstreiterin verloren, die über Jahre mit ihrer Sachkompetenz und ihrem Engagement für unsere Mitglieder wertvolle Arbeit geleistet hat.

DR. OTTO BENESCH



GÖD HOTELS 2019/20

Im Urlaub hoch hinaus:

IHRE AUSZEIT IN DEN BERGEN

Unsere Website finden Sie auf
www.goed-hotels.at.

- Erholungsurlaub zu günstigen Preisen für GÖD-Mitglieder
- Preise für Nichtmitglieder auf Anfrage

Buchungen:

Tel.: 01/534 54 DW 274

Fax: 01/534 54 DW 134

E-Mail: info@goed-hotels.at

Freie Termine auf Anfrage



Appartementshaus Kirchberg

Stadlwies 7, 6365 Kirchberg/Tirol

Tel.: 05357/24 73, Fax: 05357/24 73-73

E-Mail: kirchberg@goed-hotels.at

Sommersaison:

22. Juni bis 22. September 2019

Wintersaison:

21. Dezember 2019 bis 21. März 2020

ATEMBERAUBENDE LANDSCHAFT
FÜR IHR EINZIGARTIGES URLAUBS-
ERLEBNIS!

Das Haus mit 14 Selbstversorger-Appar-
tements für 2 bis 6 Personen, ausgestat-
tet mit Dusche/WC, Kabel-TV und Telefon,
liegt inmitten eines Wanderparadieses
und bietet zahlreiche andere Möglichkei-
ten der Freizeitgestaltung.

In Kirchbergs romantischer Bergwelt
finden Sie neben Wander-, Kletter- und
Mountainbikerouten auch gepflegte
Golfplätze und malerische Badeseen.
Für pure Entspannung nach der
körperlichen Betätigung sorgt der
Spa-Bereich inklusive Sauna, Solarium,
Dampfbad oder Infrarotkabine, der
für Hausgäste frei zugänglich ist.



PREISE FÜR MITGLIEDER & ANGEHÖRIGE

Wochenpauschale je nach Appartmentgröße

inklusive Parkplatz

Wochenpauschale p. P.	Sommer (€)	Winter (€)
Erwachsene	182,- bis 210,-	266,- bis 294,-
Kinder bis 14 Jahre	147,- bis 175,-	238,- bis 266,-
Kleinkinder bis 6 Jahre	119,- bis 133,-	210,- bis 224,-
Zuschlag Einzelbelegung	35,-	35,-
Endreinigung	35,- bis 56,-	35,- bis 50,-



RESTPLÄTZE
29. 6. – 13. 7. 2019
20. 7. – 3. 8. 2019
7 Nächte und nur
5 bezahlen



Das Alpenhotel Moaralm ★★★★★

Plattenkarstraße 1, 5562 Obertauern
Tel.: 06456/72 16, Fax: DW 44
E-Mail: moaralm@goed-hotels.at

Wintersaison:
29. November 2019 bis 18. April 2020

MODERN UND STILVOLL

Die Moaralm bietet ihren Gästen alles, was sie von einer 4-Sterne-Kategorie erwarten können: voll ausgestattete Zimmer, liebevoll eingerichtet und mit modernster Technik versehen, eine hauseigene Tiefgarage und einen Sauna-Fun-Bereich. Sie können den Tag auch gerne im Barbereich mit einem Après-Ski-Getränk ausklingen lassen.

PREISE FÜR MITGLIEDER & ANGEHÖRIGE Halbpension

Wochenpauschale p. P. inklusive Benutzung der Tiefgarage (€)	Winter (€)
Erwachsene	588,-
Kinder (im Zimmer der Eltern) von 10 bis 14 Jahren	441,-
Kinder (im Zimmer der Eltern) bis 10 Jahre	364,-
Kleinkinder bis 6 Jahre (Nächtigung, ohne Essen)	203,-
Einzelzimmerzuschlag	56,-



**URLAUB IST
MEHR: SPORT &
BEWEGUNG
FÜR AKTIV-
URLAUBER!**



1. Bezahlung: Mit der Reservierung erhalten Sie einen Zahlschein. Die Bezahlung hat spätestens sechs Wochen vor Reiseantritt zu erfolgen.
2. Stornierung: Bei Stornierung der Buchung werden folgende Stornokosten in Rechnung gestellt (Stornogebühren sind dann zu entrichten, wenn das gebuchte Zimmer nicht mehr weitergegeben werden kann. Eine Tagespauschale pro Person ist aber in jedem Fall zu bezahlen):
 42 bis 30 Tage vor Reiseternin 15 %
 29 bis 15 Tage vor Reiseternin 30 %
 14 bis 8 Tage vor Reiseternin 60 %
 ab 7 Tage vor Reiseternin 80 %
 No Show 100 %
3. No Show: No Show liegt vor, wenn Sie nicht zum vereinbarten Zeitpunkt anreisen bzw. die Reservierung auch nicht schriftlich stornieren oder Ihre verspätete Ankunft nicht mitgeteilt wurde. In diesem Fall behalten die GÖD-Hotels den Anspruch auf den vollen Reisepreis.
 Gerichtsstand: Wien.
 TURNUSWECHSEL ist in allen Häusern Samstag.
 Ihre Anmeldung erbitten wir schriftlich an:
 Heimverein der GÖD,
 Teinfaltstraße 7, 1010 Wien



Wellnesshotel Sportalm Hintermoos ★★★★★

Bachwinkl 6, 5761 Hintermoos / Maria Alm
Tel.: 06584/75 76, Fax: 06584/75 76-7
E-Mail: sportalm@goed-hotels.at

Sommersaison: 29. Juni bis 14. September 2019
Wintersaison: 22. Dezember 2019 bis 21. März 2020

**BERGE, KRISTALLKLARE LUFT,
SPORT UND BEWEGUNG**

Genießen Sie nach dem Wandervergnügen ein paar entspannende Stunden im Wellnessbereich oder lassen Sie sich im hauseigenen Restaurant verwöhnen. Das Hotel ist für seine hervorragende Küche bekannt, und die 23 modernst ausgestatteten Zimmer verfügen über Bad/WC, Zimmersafe, Flachbildfernseher mit Kabel-TV, Telefon und WLAN. Für die Sportlichen unter Ihnen gibt es natürlich auch einen Fitnessbereich, der Ihnen zur freien Benutzung zur Verfügung steht.

PREISE FÜR MITGLIEDER & ANGEHÖRIGE Halbpension

Wochenpauschale p. P.	Sommer (€)	Winter (€)
Erwachsene	371,-	553,-
Kinder (im Zimmer der Eltern) von 10 bis 14 Jahren	294,-	441,-
Kinder (im Zimmer der Eltern) bis 10 Jahre	273,-	364,-
Kleinkinder bis 6 Jahre (Nächtigung, ohne Essen)	98,-	203,-
Einzelzimmerzuschlag	35,-	56,-



RESTPLÄTZE
29. 6. - 1. 8. 2019
7 Nächte und nur
5 bezahlen

?



*Große und kleine
Rätselfans in vollem
Einsatz. Die stolzen
Gewinner freuen sich.*

Rätselrallye 2019

**Jung und Alt rätselten
bei Kaiserwetter im
Schönbrunner Schlosspark.**

VON HARALD KREMSL

Am 18. Mai 2019 fand erstmals eine gemeinsame Rätselrallye für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMNT und des BMDW sowie für ihre Familien in den Bundesgärten Schönbrunn statt. Bei Kaiserwetter meldeten sich 35 Teams motiviert am Start beim Eingang Hietzing.

Von 12 bis 14 Uhr wurden Fragebögen und Eintrittskarten an die Teams ausgehändigt und die Kinder zur Stärkung kulinarisch versorgt. Wer aufmerksam durch das Wüstenhaus, das Palmenhaus und den Irrgarten ging, konnte den Fragebogen richtig ausfüllen. Bei den drei Stationen (Pantomime, Bälle werfen und Tierspuren erkennen) konnte man seine Geschicklichkeit und Kreativität beweisen und entsprechend Punkte sammeln. Vor allem die Jüngsten „kämpften“ mit Feuereifer und großer Begeisterung für ihre Teams.

Bis spätestens 16.30 Uhr mussten die ausgefüllten Fragebögen beim „Kutscher G'wölb“ an das Rätselrallye-Team



übergeben werden. Dort wurden die Siegerteams ermittelt, die im Rahmen einer Siegerehrung mit vielen schönen Preisen für ihren Einsatz belohnt wurden. Damit kein Kind mit leeren Händen nach Hause gehen musste, bekam jedes ein Malbuch überreicht.

Alle Teams haben sehr gut abgeschnitten und lagen eng zusammen. Den ersten Platz konnte dann das Team „Holt mich hier raus! Ich bin im Irrgarten“ erreichen. Wir freuen uns mit den Siegern und bedanken uns für die Teilnahme bei der Rätselrallye! Herzlichen Dank auch an das gesamte Rätselrallye-Team, das bei der Vorbereitung mitgeholfen und in Schönbrunn zum Gelingen beigetragen hat!

FOTOS: CHRISTOPH WALDHERR • ANVABERKUT/GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

BV2

GÖD-Frauen ÜBER DEN WOLKEN ...

... muss Freiheit wohl grenzenlos sein. Dieses Gefühl konnten die GÖD-Frauen Oberösterreich anlässlich ihres Besuches im Fliegerhorst Vogler des österreichischen Bundesheeres in Hörsching bei Linz beinahe verspüren. Die Einladung des Landesleitungsvorsitzenden Robert Roitmair ermöglichte allerdings nicht das Abheben über die Wolken, stattdessen aber das Eintauchen in die verantwortungsvolle und professionelle Arbeit der Pilotinnen und Piloten im Fliegerhorst Vogler. Darunter sind auch jene Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienstes, die im In- und Ausland zu Einsätzen gerufen werden. Im Ernstfall evakuieren sie Menschen aus der Luft und versorgen im Notfall ganze Dörfer mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. Zu ihren Aufgaben zählen auch gefährliche Erkundungsflüge, Lawinensprengungen und ähnlich spektakuläre Einsätze. Ein weiterer Höhepunkt des Besuches war die Besichtigung und ausführliche Erklärung des Transportflugzeuges Hercules C-130. Dieses Flugzeug dient in erster Linie zum Transport von Personal und Versorgungsgütern, vor allem im Rahmen von Auslandseinsätzen des Bundesheeres. In der Fliegerwerft 3 ist die Fachabteilung „Hubschraubersystem“ für Wartung und Instandsetzung der Hubschrauberflotte verantwortlich. Dort führt eine junge Kollegin, die eine Lehre in der Flugfahrttechnik absolvierte, als einzige Luftfahrttechnikerin Wartungsarbeiten an den Hubschraubern durch. Die Kollegin begeistert: „Ich könnte mir keinen interessanteren Beruf vorstellen.“ Die GÖD-Frauen überzeugten sich davon, dass unsere Soldatinnen und Soldaten eine hervorragende Arbeit für unser Land leisten und den Menschen gerade auch in Notsituationen unverzichtbar zur Seite stehen.



GÖD-Frauen mit der Technikerin der Fliegerwerft 3 in Hörsching.



Buch-Tipp POLIZEIGESCHICHTEN

Johann Veith, der Autor des Buches „Die Fragen stellen wir!“, beschloss als Fünfjähriger, Polizist zu werden. Die auf seinem beruflichen Weg – vom Polizeiwachzimmer ins Kommissariat über das Wiener Sicherheitsbüro bis ins Innenministerium – gesammelten Anekdoten und Geschichten, die sein kriminalistisches Gespür widerspiegeln, sind in diesem Buch veröffentlicht.

Johann Veith:
„Die Fragen stellen wir! Polizeigeschichten und Anekdoten“, Verlagshaus Hernalz
 ISBN 978-3-902975-80-5
 240 Seiten, 25 Euro
www.verlagshaus-hernalz.at
 Versandkostenfrei über den Verlag bestellbar.



Programm, wo die Mitglieder der erweiterten GÖD-Landesverwaltung in Bled vom dortigen Bürgermeister empfangen wurden. Ebenso traf die Delegation Vertreter der Föderation der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes aus Slowenien zum Meinungsaustausch über die Strukturen und Organisation der Gewerkschaften Slowenien und Österreich.

Vorsitzender LABg. Bgm. Peter Oberlehner und Landeshauptmann Peter Kaiser in der Runde der Mitglieder der erweiterten GÖD-Bundesvertretung Landesverwaltung.

GÖD-Landesverwaltung TAGUNG IN KLAGENFURT

Kürzlich hielt die GÖD-Landesverwaltung eine Sitzung in Klagenfurt (Kärnten) ab, wo es neben Diskussionen zu den aktuell anstehenden Fragen und Problemen in den Landesdiensten vor allem auch ein sehr interessantes, von Vorsitzenden-Stellvertreter Ing. Hugo Scharf organisiertes Informationsprogramm gab. So konnte Landtagsabgeordneter Peter Oberlehner als Vorsitzender Herrn Landeshauptmann Peter Kaiser begrüßen, der nach einem kurzen Statement zur aktuellen Situation im Kärntner Landesdienst Rede und Antwort zu vielen Fragen stand. Weiters begrüßte der Vorsitzende Herr Landesamtsdirektor Dr. Dieter Platzer. Dr. Platzer berichtete den Mitgliedern der erweiterten Bundesvertretung über Entwicklungen und Projekte im Kärntner Landesdienst, wie beispielsweise die Spezialisierung in der Bezirkshauptmannschaft Hermagor, wo sämtliche Anonymverfügungen für ganz Kärnten abgewickelt werden. Darüber hinaus stand dank der hervorragenden Organisation von Ing. Hugo Scharf eine interessante Exkursion ins benachbarte Slowenien auf dem



Harald Sterle, Mag. Martin Holzinger, Mag. Günther Gronister, Richard Holzer, Josefa Pointner, Peter Maschat, MAS, Alfred Schöls, Mag. Peter Korecky, Monika Rammel, Hans Sailer, Stefan Seebauer, MA, Hannes Gruber, Erich Rudolph, Daniela Eysn, MA, Helmut Traper, Gabriele Seidl-Prokesch, Matthias Deiser, MSc und Gerhard Hanke (v. l. n. r.).

GÖD Niederösterreich „RUNDE“ GEBURTSTAGSFEIER

Anlässlich der beiden runden Geburtstage von Sekretärin Monika Rammel und Pressereferent Hans Sailer der GÖD Niederösterreich fand im Frühjahr eine stimmungsvolle Feier in St. Pölten statt, bei der auch zahlreiche Gäste aus der GÖD-Zentrale persönlich gratulierten.



Festakt 100 JAHRE VEREINIGUNG DER STAATSANWÄLTINNEN

Am 23. Mai 2019 feierte die StaatsanwältInnen-Vereinigung (StAV) im Justizpalast ihr 100-jähriges Bestehen. Nach der Begrüßung zahlreicher Ehrengäste – wie des GÖD-Vorsitzenden

Dr. Norbert Schnedl – durch den StaatsanwältInnen-Vereinigung-Vizepräsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden der GÖD-Bundesvertretung Richter und Staatsanwälte, Dr. Martin Ulrich, folgten eine Videobotschaft von Herrn Bundespräsident Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen sowie mehrere Grußworte, darunter insbesondere seitens (des damaligen) Justizminister Dr. Josef Moser. Den Festvortrag hielt die Präsidentin des VfGH und nunmehrige Bundeskanzlerin Dr. Brigitte Bierlein. Nach posthumer Verleihung des Wolfgang-Swoboda-Preises an den im Konzentrationslager ermordeten ehemaligen Justizminister und Generalprokurator Dr. Robert Winterstein bildete die Laudatio der Präsidentin der StaatsanwältInnen-Vereinigung Mag. Cornelia Koller den Abschluss des Festaktes. Mit seinen Grußworten an die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen bekräftigte Vorsitzender Schnedl die Unterstützung der GÖD für staatsanwaltschaftliche Anliegen und hob die exzellente Kooperation mit der StAV hervor.

FOTO: PAYTONVANGORP/GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO



NEU: Newsletter!

Mit dem GÖD-
Newsletter bist Du
stets über unsere
Aktionen und
Kampagnen
informiert.

Jetzt
anmelden!
www.goed.at

SCHLUSSPUNKT

GLÜCK AUF!

Als früherer Jugend- und Sportreferent der GÖD freut mich diese Ausgabe besonders – nimmt sie sich doch speziell unserer Jugend an. Wir im Öffentlichen Dienst sind ja mit den jungen Menschen mehrfach verbunden – einerseits durch den großen Bereich der Bildung, andererseits als Dienstgeber.

Durch dieses so breite Spektrum sind wir auch immer aktuell und offen für Neues. Die alte Weisheit, dass alles fließt und damit einer stetigen Veränderung unterworfen ist, bringt einen Vorteil für alle Seiten: Die „Alten“ bleiben so nicht stehen und können ihre Erfahrungen und Erkenntnisse den Jungen mitteilen, die Jugend schaut darauf, dass wir Veränderungen nicht verschlafen und uns weiterentwickeln. Auch wir als GÖD ziehen da mit: die ständige Verbesserung des Dienst- und Besoldungsrechtes, die Gehaltsverhandlungen, die Weiterentwicklung unserer sozialen Standards oder unser Rechtsschutz, um nur einige Bereiche zu nennen.

Deshalb ist es wichtig, sich zu beteiligen und mitzumachen. Darum ist jeder und jede herzlich eingeladen, Mitglied bei unserer GÖD zu werden und sich zu engagieren: Man profitiert persönlich davon und ist gleichzeitig eingebunden in die große Gemeinschaft!

Natürlich gibt es auch Einzelkämpfer, aber bei einem doch sehr starken Gegenüber (Bund, Länder, diverse öffentliche Rechtsträger) bietet eine Gemeinschaft wie die GÖD für alle Sicherheit und Vorteile! Ein „Glück auf!“ unserer Jugend und unserer großen GÖD-Familie!

HELMUT MOOSLECHNER

Cornelia Koller,
Martin Ulrich und
GÖD-Vorsitzender
Norbert Schnedl
(v. l. n. r.).

MITGLIEDER **werben** MITGLIEDER

**WERBEN SIE EIN NEUES GÖD-MITGLIED
UND GEWINNEN SIE WERTVOLLE
PREISE WIE ZUM BEISPIEL DIESE:**

**10-MAL
2 KARTEN** für
die Seefestspiele
Mörbisch



2-MAL 2 KARTEN für
die Oper im Steinbruch in
St. Margareten



**„2 NÄCHTE PLUS“
FÜR 2 PERSONEN**

im Hotel Sole Felsen Bad
im Wert von bis zu
269,90 Euro

2 URLAUBSBOXEN

für 2 Personen / 2 ÜN im
Wert von jeweils bis zu
299,90 Euro